

Weggepreis:
Monatlich 2.-, 3.-, 4.-, 5.-, 6.-, 7.-, 8.-, 9.-, 10.-, 11.-, 12.-, 13.-, 14.-, 15.-, 16.-, 17.-, 18.-, 19.-, 20.-, 21.-, 22.-, 23.-, 24.-, 25.-, 26.-, 27.-, 28.-, 29.-, 30.-, 31.-, 32.-, 33.-, 34.-, 35.-, 36.-, 37.-, 38.-, 39.-, 40.-, 41.-, 42.-, 43.-, 44.-, 45.-, 46.-, 47.-, 48.-, 49.-, 50.-, 51.-, 52.-, 53.-, 54.-, 55.-, 56.-, 57.-, 58.-, 59.-, 60.-, 61.-, 62.-, 63.-, 64.-, 65.-, 66.-, 67.-, 68.-, 69.-, 70.-, 71.-, 72.-, 73.-, 74.-, 75.-, 76.-, 77.-, 78.-, 79.-, 80.-, 81.-, 82.-, 83.-, 84.-, 85.-, 86.-, 87.-, 88.-, 89.-, 90.-, 91.-, 92.-, 93.-, 94.-, 95.-, 96.-, 97.-, 98.-, 99.-, 100.-

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigepreis:
Die Anzeigepreise...
1. Zeile 1. Spalte 10 Pfennig...
2. Zeile 1. Spalte 8 Pfennig...
3. Zeile 1. Spalte 6 Pfennig...
4. Zeile 1. Spalte 4 Pfennig...
5. Zeile 1. Spalte 2 Pfennig...
6. Zeile 1. Spalte 1 Pfennig...
7. Zeile 1. Spalte 1/2 Pfennig...
8. Zeile 1. Spalte 1/4 Pfennig...
9. Zeile 1. Spalte 1/8 Pfennig...
10. Zeile 1. Spalte 1/16 Pfennig...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Worinplatz, Nr. 15190-15197.

Dienstag, den 26. August 1919.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Worinplatz, Nr. 11753-54.

Die Internationale der Metallarbeiter.

(Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“)

In der Sitzung des Zentralkomitees der Schweizer Metallarbeitergewerkschaften, die in Genève am 23. August stattfand, und an der Delegierte der belgischen, österreichischen und deutschen Metallarbeitergewerkschaften als Gäste teilnahmen, beschloß der Kongreß der Schweizer Metallarbeiter, der seit Freitag im Volkshaus zu Bern tagte, die Wiederherstellung des Internationalen Verbandes der Metallarbeitergewerkschaften. Der Internationale Kongreß wurde für den zweiten Sonntag im Februar 1920 in Bern festgesetzt. Der Schweizer Metallarbeiterverband übernahm die Einberufung der Tagung.

Die Schweizer Metallarbeiter gegen das Räte-system.

Bern, 24. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“). Der Kongreß der Schweizer Metallarbeiterverbände hat seinen dreitägigen Tagung, die in dem Volkshaus zu Bern stattfand, beendet. Nachdem er einige Verwaltungsfragen erledigt hatte, die sich auf die Verhinderung des Rätebundes infolge der Grippe-epidemie bezogen, wandte sich der Kongreß dem Hauptpunkt seiner Tagesordnung zu, der Stellungnahme der Schweizer Metallarbeiter zu der augenblicklichen Lage. Die Verbände von Zürich, Basel und Genéve machten Vorschläge, die darauf abzielten, die Macht des Zentralkomitees einzuschränken, indem sie den Lokalgruppen von mehr als 1000 Mitgliedern das Recht geben wollten, einen Streik zu erklären. Sie machten kein Geheimnis daraus, daß hinter ihren Vorschlägen sich die Wächter verborgener, Arbeiter- und Soldatenräte zum Kampf gegen den Kapitalismus zu gründen. Diese Vorschläge wurden heftig bekämpft; die Abstimmung ergab ihre Ablehnung mit 145 gegen 41 Stimmen.

Eine Entschlebung von Chauv-de-Tomb, welche dem Zentralkomitee das Vertrauen ausprobiert und es hat, sich an die Statuten zu halten, wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen. Die Entschlebung der Schweizer Metallarbeiter, die so dicht nach dem Basler Vortag erfolgte, zeigt, daß in dem Verband die gemäßigte Richtung überwiegt gegenüber dem Rechten, welche der Basler Sozialkongreß beschlossen hatte. Einmütig beauftragte der Kongreß das Zentralkomitee, Schritte zu unternehmen, um den Volkstrotz Genossen Blatten aus seinem Gefängnis in Salafest zu befreien.

Englische Gewerkschaften gegen Streiks.

Eine Erklärung des Generalverbandes.
Reuter meldet: Der Viertelfjahresbericht des Generalverbandes der englischen Gewerkschaften enthält eine Warnung des Verwaltungsrates dahingehend, daß der Zeitraum vom November dieses Jahres bis zum Mai des nächsten Jahres schwerlich vielleicht verhängnisvoll sein wird, wenn man nicht zur Einsicht komme und die Erzeugung nicht vermehrt werde. Streiks, die hätten vermeiden werden können, seien vorzeitig beendet und die Fonds des Verbandes nutzlos vergeudet worden. Einige dieser Streiks seien politischen Ursprungs und nicht gegen die Kapitalisten, sondern gegen das Gemeinwesen gerichtet gewesen.

Ein Pariser Streikbeschluss.

Paris, 25. August. In einer Versammlung der Dok., Lager- und Kohlenarbeiter wurde einstimmig der Generalstreik beschlossen. Die Schlichtungskommission hatte die abschließliche Urteilsurteil, einen Tagelohn von 16 Fr. und als Lohn für Ueberstunden 4 Fr. festgesetzt. Die Versammlung hielt jedoch an dem strikten gefassten Beschlusse auf den 1. September, tag und 20 Fr. Tagelohn bei Unterdrückung der Ueberstunden fest.

Der Vormarsch gegen Rußland.

Panzerwagen gegen Peteröburg.
Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.
„Nationalistische“ erklärt aus Reval, daß verächtliches Vor-1918, u. a. die Rußland zahlreicher Panzerwagen mit voller Besetzung auf eine bevorstehende Aktion gegen Peteröburg schließen lassen.

Die Schaffung des Reichsheeres.

Die Korrespondenz Reimann meldet: Der Reichspräsident und der Reichswehrminister sind zum Besuche des bayerischen Königs in München eingetroffen. Heute vormittag fand die Uebergabe des bayerischen Kontingents an das Reich statt.

Wenn die Blockade Mußland. Der sozialistische Abgeordnete Ernst Bafant wird den Minister des Reichens in der Kammer über die Blockade Mußlands interpellieren, daß nach seiner Ansicht mindestens wie ein neutrales Staat behandelt werden müßte.

Unterhandlungen mit der Entente-Kommission

Der Pressedienst des Oberpräsidenten der Provinz Schlesien teilt mit:

Im Breslauer Landeshause fand am Montagmittag eine informatorische Besprechung der zum Reichs- und Staatskommissar Hoerling entsandten Entente-Militärkommission mit den Vorständen der schlesischen provinziellen Behörden statt, zu der Vertreter der ober-schlesischen Behörden und der Industrie, sowie die Führer sämtlicher ober-schlesischer Gewerkschaften geladen waren.

Oberpräsident Philip begrüßte die unter Führung des englischen Oberlieutenants Tibbury stehende Kommission; er sprach die Hoffnung aus, daß ihre Informationsreise durch das Aufstodengebiet dazu führen werde, die Entente von der Parteilosigkeit der von polnischer Seite gegen die deutsche Regierung und das deutsche Militär erhobenen Anschuldigungen zu überzeugen und die wahren Triebkräfte der bedauerlichen Vorgänge in Oberschlesien festzustellen. Er bedauerte, daß trotz seiner Aufforderung an Korsantj ihm die Adressen polnischer Vertrauensleute zur Teilnahme an dieser Sitzung nicht angegeben worden seien.

Zunächst entwarf der Reichs- und Staatskommissar in längerer Rede ein Bild von den politischen Verhältnissen in Oberschlesien und ihrer Entwicklung seit den ersten Monaten des laufenden Jahres. Er wies an der Hand amtlichen Materials den inneren Zusammenhang der spartakistischen und nationalpolnischen Bewegung nach, schilderte das Zusammenarbeiten beider Organisationen und ihr Bestreben, die ober-schlesische Arbeiterklasse durch maßlose Verheerung ihren politischen Zwecken dienlich zu machen. Generalstabschef Major Hesterberg erörterte die militärische Lage und betonte die Mitwirkung regulärer polnischer Truppen an der Aufstodsbewegung. Der Kommissar der Militärpolizei, Hornig stellte Material zur Verfügung, aus dem die geheime Arbeit der großpolnischen Propaganda und die umfassende Vorbereitung des Aufstandes durch die Polen klar hervorgeht.

Die Ausführungen der behördlichen Stellen wurden durch alle weiteren Redner der ober-schlesischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite im einzelnen vorbehaltlich bestätigt. Oberlieutenant Tibbury dankte namens der Kommission für die Informationsreise, erbat sich weiteres Material und sicherte völlig objektive Prüfung des deutschen Standpunktes und des deutschen Materials zu. Die Mission begibt sich am Dienstag früh zunächst nach Gleiwitz.

Ententerrat und deutsche Kohlenlieferung.

Unter dem Vorsitz von Clemenceau hörte der Oberste Rat verschiedene Vermittelungen über den österreichischen Vertrag an. Der Rat nahm eine Darstellung Loucheurs über die Kohlenfrage zur Kenntnis. Der Minister gab bekannt, daß die deutschen Lieferungen eingestellt hätten, aber er verweigert nicht, daß die gelieferten Mengen hinter der Erwartung zurückblieben.

Kämpfe mit polnischen Banden.

Die 22. Reichswehrbrigade teilt mit:
In der Nacht vom 24. zum 25. August fanden an zahlreichen Stellen Ueberfälle von polnischen Banden und regulären Truppen statt. Bei den Angriffen hatten die Aufständischen schwere Verluste. So wurde die Feldwache Sozalkowicz erneut von polnischen Banden angegriffen. Der Angriff wurde abgewiesen. In Gegend Lonkau fand ein Feuergefecht statt, das jenseits der Grenze durch Raschinsgengefeuer unterstützt wurde. Die Feldwache in Demblina wurde nachts von polnischen Banden und regulären Truppen überfallen. Die Lage wurde dort wiederhergestellt. Eigene Verluste hierbei: Drei Tote, drei Verwundete. Ein nächstlicher Angriff auf eine Kompanie in Georgenberg wurde abgewiesen. Hierbei erlitten die Aufständischen schwere Verluste. Es wurden erbeutet ein leichtes Maschinengewehr und zahlreiche Gewehre.

Rücktritt Schneppenhorsts.

Da nach den Bestimmungen der Reichsverfassung alle Teile der Wehrmacht des deutschen Reiches unter dem Oberbefehl des Reichspräsidenten getreten sind und die Selbständigkeit der Verwaltung der einzelnen Länder aufgehoben ist, hat der Minister für Militärangelegenheiten Schneppenhorst von seinem Amt zurückgetreten.

Die Allordlohnfrage.

Die schwere Kohlenkatastrophe, die wir unmittelbar vor uns haben, und die in erster Linie in unseren Verkehrsnoten begründet liegt, hat die Diskussion herausgefordert, über die Mittel, mit denen man eine Gesundung herbeiführen kann. Die Arbeitsleistung in Deutschland ist stark vermindert. Alles Glend, das wir vor uns sehen, wurzelt darin, daß nicht nur kein Produktionsüberschuß zum Wiederauffüllen der erschöpften deutschen Wirtschaftreserven, sondern selbst nicht so viel geleistet wird, als das deutsche Volk alltäglich an Werten verbraucht.

Darüber herrscht allgemein Klarheit, daß die prekäre Situation, die Deutschland jetzt durchlebt, nur durch gesteigerte Arbeitsleistung gehoben werden kann. Seit den Tagen der Revolution sind eine Anzahl goldener Werte der Robnung zum Pflichtgefühl gegenüber der Gesamtheit verbreitet worden. Der Erfolg ist ausgeblieben. Unter Volk ist krank, so krank, daß die Maßnahme des Wertes allein nicht mehr für die Heilung genügt. Es bedarf des fähigen Eingriffs, um den Gesundungsprozess zu forcieren.

Die Revolution in Deutschland hat, wie in Rußland und in Ungarn, durch den Niederbruch auch der Antorität in der Produktionsleitung viele ungeliebte Hemmnisse ausgelöst. So sehr wir im Anfang begrüßt haben, daß die Allordarbeit beseitigt worden ist — weil in einem Staate mit gesundem Pflichtgefühl aller Volksschichten es keines anderen Zwangsmittels zur Arbeit bedarf — so groß ist die Enttäuschung darüber, daß die Pflicht zu nützlicher Arbeit für das Volksganze nicht überall gelbt wird. Heute erkennen gerade in der Arbeiterklasse recht erhebliche Kreise die Notwendigkeit, die Bezahlung nur nach Maßgabe der Anwesenheit im Betriebe zu reformieren und an ihre Stelle die Bezahlung der wirklichen Arbeitsleistung zu setzen. Der Umstand, daß der Arbeitsunlustige den gleichen Lohn erhält, als der Arbeitslustige, wirkt lähmend auf die guten Elemente in der Arbeiterschaft. Sie fragen sich mit Recht, warum sie für ihre treue, gewissenhafte Arbeit genau so bezahlt werden, als andere für mangelhafte Arbeitsleistung.

Wir befinden uns heute in Deutschland in der gleichen Lage, wie zu gewissen Zeiten die Räterepubliken in Rußland und in Ungarn. Auch dort war unter dem an sich sympathischen Zeitlohnssystem die Arbeitsleistung von Woche zu Woche gesunken und schließlich auf eine Tiefe gekommen, die das schlimmste Wirtschaftselend erzeugt hat. In Ungarn wie in Rußland hat man sich gezwungen gesehen, einen Anreiz für die Erhöhung der Arbeitsleistung zu schaffen, und man hat in beiden Ländern nur den einen Ausweg gefunden, die wirklich geleistete Arbeit statt der Arbeitszeit zu bezahlen. Man ist zum Allord- und zum Prämienlohnssystem übergegangen und hat damit einen günstigen Erfolg gehabt. Jetzt stehen wir in Deutschland, namentlich durch die große Gefahr angetrieben, die infolge der Produktionsverminderung in den Eisenbahnwerkstätten für unser Transportwesen aufgetaucht ist, vor der Notwendigkeit, gleiche Maßnahmen zu ergreifen.

Die Regelung der Lohnfrage muß so erfolgen, daß der tüchtige Arbeiter entsprechend seinem besonderen Fleiß den höchst denkbaren Lohn erreichen kann und daß der träge Arbeiter gezwungen ist, ein gewisses Minimum von Arbeit zu leisten, wenn er einen auskömmlichen Lohn erzielen will.

Der eine Weg, diesen Zustand zu erreichen, ist die Einführung der Allordarbeit. Die Allordarbeit ist vernünftig gehandhabt, die gerechteste Grundlage für die Bemessung des Arbeitslohnes. Und darum haben die Gewerkschaften in den vielen Jahren ihrer Praxis sich damit abgefunden; ihr Kampf geht niemals der Allordarbeit als solcher, sondern nur den Auswüchsen, durch die die Arbeiterschaft geschädigt wurde. In den Eisenbahnwerkstätten ist der Einzelallord nur in gewissen Fällen möglich. Es arbeiten häufig ganze Gruppen von Arbeitern an einem Arbeitsstück und dieser Umstand erfordert Allordgruppen zu bilden, die sich dann in den Arbeitspreis für das ganze Arbeitsstück teilen. Den vernünftigen Arbeitern wird die Allordarbeit ohne weiteres als erwünscht erscheinen, weil sie damit ihre Arbeitsfähigkeit unmittelbar in beträchtlich höhere Löhne umsetzen können, als sie heute durch den Stundenlohn erreichen.

Reben der Allordarbeit ist ein sooft in Deutschland bekämpftes, aber in Rußland mit sehr viel Nutzen angewendetes System der Prämienlohnung zu erwägen. In Rußland hat man die geltenden Arbeitslöhne zunächst festgehalten. Sie bildeten die Bezahlung für die Arbeitsleistung, die zuletzt erreicht worden ist. Für das, was dar-

über hinaus gearbeitet worden ist, wurden den Arbeitern besondere Prämienzuschläge auf den Lohn gewährt. Diese Prämienzuschläge wurden nach oben progressiv erhöht.

Nach den Mitteilungen der Sowjetregierung über die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat das Lohnprämienystem einen außerordentlich günstigen Einfluss auf die Steigerung der Produktion ausgeübt. In einzelnen Fabriken ist in ganz kurzer Zeit die Arbeitsleistung zwischen 25 und 40 Proz. gestiegen.

Die Wirkung des Akkordsystems und des Prämienlohnes könnten aber noch gesteigert werden dadurch, daß man den Arbeitern, die über ein Minimum von Arbeitsleistung hinausgegangen, besondere Bonus zuweist, mit Hilfe deren sie sich Lebensmittelaufgaben für Schwer- und Schwerstarbeiter beschaffen können. Dadurch würde der Arbeiter, der sich mit Fleiß und Pflichtgefühl für die Interessen der Gesamtheit einsetzt, nicht allein in die Lage versetzt, sich eine höhere Zahl Papierseine zu besorgen, sondern auch die verbrauchte Arbeitskraft durch eine größere Menge hochwertiger Nahrungsmittel wieder aufzufrischen. Nicht der Lohn allein ist in der Zeit der heutigen Nahrungsmittelknappheit ein Anreiz, sondern die Möglichkeit, mit diesem Lohne die Ernährungslage des Arbeiters in seiner Familie verbessern zu können.

Es wäre möglich, das erforderliche Mehr an Nahrungsmitteln durch eine rücksichtslose Jagd auf den Schleichhandel zu erfassen. Die Kugeln der des Schleichhandels sind in besonderer Maße die Kreise, die einen höheren Lebensaufwand sich gestatten können und die an der Produktion der notwendigen Waren am wenigsten oder gar nicht beteiligt sind. Wenn diese auf schmale Rationen gesetzt werden, so ist das ein durchaus gerechtes Unternehmen, denn dadurch würden sie am ehesten angezogen werden, eine nützliche Arbeit zu leisten.

Die große Not, in der unser Volk sich befindet, rechtfertigt jede Maßnahme, durch die der Gesamtheit eine Erleichterung verschafft wird. Für die Rettung unseres Volkes müssen alle Mittel angewendet werden.

Transportkrise und Wasserstraßen.

Daß die Kohlenkrise zu einem wesentlichen Teile eine Transportkrise ist, wird jetzt fast allgemein anerkannt. Mit-schuldig daran ist, daß die Eisenbahn nicht genügend mit der Binnenschiffahrt Hand in Hand arbeitet, um den Aufgaben des Transportes gerecht zu werden. Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten in Preußen besitzt keine Dienststelle, die sich mit der einheitlichen Ausnutzung der Wasserwege befaßt. Vor dem Kriege bestand eine ähnliche Einrichtung überhaupt nicht. Erst im Jahre 1916 wurde die Schiffsabteilung beim Chef des Felderisenbahnbauwesens gegründet, mit dem Ziel, den Wasserverkehr im kriegswirtschaftlichen Sinne zu heben. Da sie nur eine militärische Dienststelle war, schwebt ihre Tätigkeit jetzt sozusagen in der Luft.

Heute tritt die Notwendigkeit einer planmäßigen Organisation des gesamten Verkehrs in den Vordergrund. Eisenbahnen und Wasserstraßen müssen gemeinsam auf das wirtschaftlichste ausgenutzt werden. Wie rüstständig noch gearbeitet wird, erzieht man daraus, daß die Eisenbahnen ihre Dienstkräfte selbst nach solchen Orten, die unmittelfach an einem Flußlauf liegen, noch heute mit Güterzügen befördert. Dies ist insbesondere im Osten der Fall, wo eine plötzliche Umstellung der Transporte auf dem Wasserwege bei den geringen Vorräten der Eisenbahnen nicht plötzlich erfolgen kann. Bei allmählicher planmäßiger Einschränkung der Wassertransporte aber könnten diese Schwierigkeiten zweifellos überwunden werden, zumal bei der großen Gefahr einer Kohlenkrise für den Winter man auch vor dem Radikalismus nicht zurückzuschrecken brauchte, alle irgendwie verfügbaren Lokomotiven und Güterwagen dem übrigen Verkehr zu entziehen und für

eine kurze Zeitspanne in den ausschließlichen Dienst der Kohlenversorgung zu stellen. Ein solcher radikaler Eingriff wäre heute als Vorbeugungsmaßnahme immer noch weniger verhängnisvoll als im Winter, wo das Ausbleiben einzelner Kohlenzüge unter Umständen katastrophal wirken kann. Der fiskalische Gesichtspunkt, daß der Wassertransport der Eisenbahnbetriebskosten ein paar Mark teurer werden würde, muß dabei völlig unberücksichtigt bleiben im Interesse des Gemeinwohls. Ein jeder Wagen, der unnütz läuft, ein jeder Kahn, der leer steht — und das sind im Koseler Oderhafen etwa 700 —, bedeutet heute eine Gefahr. Er liefert den Arbeitern der Kohlengruben, die bei einer erheblichen Kinderförderung noch Kohlen auf Halben schütten müssen, neues Agitationsmaterial nicht nur gegen die Regierung, sondern gegen die Interessen des Volkes selbst, das bei einem weiteren Rückgang der Kohlenproduktion in jedem Falle der Leidtragende ist.

Erwähnenswert ist noch, daß die Schiffsfrachten vor allem aus dem Grunde jetzt so hoch sind, weil die Binnenschiffe infolge mangelnden Zusammenarbeitens mit den Eisenbahnen vielfach lange Wartezeiten haben, oder leer stehen. Als Folge hiervon wurde bereits eine Abwanderung westdeutscher Schiffe nach Holland festgestellt, wo sie dringend gebraucht und gut bezahlt werden. Wohin soll das führen?

Was wir brauchen, das ist ein tätiges Reichsverkehrsamt, das unabhängig von Privat- und fiskalischen Interessen alle Möglichkeiten zur Förderung des Transportes auswertet. Mag es sich dazu der Stellen bedienen, die schon von der Kriegszeit her Erfahrungen in der Organisation des Verkehrs besitzen, mag sie diese weiter ausbauen, umgestalten oder überhaupt durch neue ersetzen — das alles ist belanglos neben der zwingenden Notwendigkeit, daß die Aufgabe einmal energisch in Angriff genommen wird im Interesse des Reiches, des Volkes und der Wirtschaft.

Ein deutsches Gesundheitsparlament.

Um zu einer Zeit mehr als je erforderlichen Gesundheitsgesetzgebung zu gelangen, ist die Bildung eines besonderen Gesundheitsparlamentes erforderlich, da in den politischen Parlamenten naturgemäß zu wenig Mitglieder sich befinden, die auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege so umfassende Sachkenntnisse besitzen, um die Regierungen zur Durchführung einer planmäßigen Gesundheitsgesetzgebung und -verwaltung zu veranlassen. Wie aus einem kürzlich von Dr. A. Fischer (Karlsruhe) in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ veröffentlichten Aufsatz hervorgeht, hat dieser im Jahre 1917 das Reichsgesundheitsamt dazu angeregt, ein Hygiene-Parlament zu berufen. Da das Amt jedoch dieser Anregung nicht gefolgt ist, hat sich der Deutsche Verein für öffentliche Gesundheitspflege entschlossen, einen Hauptausschuß für öffentliche Gesundheitspflege zu bilden. Dieser Hauptausschuß soll vor allem selbst Gesetzesentwürfe ausarbeiten und den Regierungen und Parlamenten unterbreiten. Der Hauptausschuß wird sich so zu einem deutschen Gesundheitsparlament entwickeln.

Der Deutsche Verein für öffentliche Gesundheitspflege hat sodann Einladungen zur Bildung eines solchen Gesundheitsparlamentes versandt. Den Eintritt in dieses Gesundheitsparlament haben neben dem Reichsgesundheitsamt, dem Reichsversicherungsamt, den Regionalverwaltungen mehrere Gliedstaaten, viele andere Behörden und Stadtverwaltungen sowie zahlreiche Berufsorganisationen, die sich mit dem Gesamtgebiet oder mit Teilgebieten der Gesundheitspflege befassen, bereits angemeldet. Aber auch sozialpolitische und sonstige Vereine (insbesondere Gewerkschaften, der Reichsausschuß für Konsuminteressen und andere mehr) sowie politische Parteien haben sich bereit erklärt, an den Arbeiten des Gesundheitsparlamentes teilzunehmen. Der Hauptausschuß wird erstmalig am 20. Oktober in Weimar zusammentreten.

1 Krone — 10 Centimes. Noch schlechter als um die deutsche Valuta steht es um die österreichische. Die Krone ist in der Schweiz auf 10 Centimes, also etwa den zehnten Teil des Friedensstandes gefallen, während sich die deutsche Mark dort auf 20, also etwas mehr als ein Fünftel ihres Friedensstandes hielt.

Schuldbekenntnisse.

Die „Freiheit“ legt sich in einem langen Leitartikel mit Ludendorffs Kriegserinnerungen auseinander. Sie findet in ihnen das Schuldbekenntnis des Militarismus antichauisch verkörpert und hat darin gewiß recht. Aber sie entdeckt an dem Buch außer dem allgemein bekannten militaristischen Geist auch etwas Neues, nämlich die Tatsache: „daß Ludendorff verschiedentlich die gefährlichen Situationen aufdeckt, in denen sich das Heer schon vor dem großen Zusammenbruch andauernd befand.“ Diese gefährlichen Situationen wurden der Öffentlichkeit natürlich geheimgehalten und dadurch verdeckt, daß eine verstärkte Beeinflussung der Presse immer dann einsetzte, wenn die Niederlage am nächsten stand.“

So lag es in der Tat! Aber natürlich blieb es für die wirklich denkenden Menschen, und namentlich für alle Politiker, auf die Dauer kein Geheimnis, daß etwa in der Marne-Schlacht und der Ipernschlacht von 1914, in der rumänischen Krise von 1916 und mehrfach sonst Deutschland der Niederlage nur um Haarsbreite entging. Die „Freiheit“ drückt das so aus, „daß Deutschlands Schicksal vom ersten Tage des Krieges an an einer seidenen Schnur hing“. Und nun fragen wir mit der „Soz. Korr.“: Wer hat dem deutschen Volke vorgeredet, daß Deutschland längst von keiner Gefahr mehr bedroht sei, daß die Aufgabe der Landesverteidigung längst gelöst sei, daß lediglich wegen des Uebermuts der Eroberungspolitik der als Verteidigungskrieg längst gewonnene Kampf fortgesetzt werde?

Die Unabhängigen und der militärische Schwindelapparat haben zusammen den gleichen Unsinn verbreitet, daß Deutschland überall gesiegt habe und überall weiter siege. Sie haben beide dadurch dazu beigetragen, daß nicht rechtzeitig vor dem Zusammenbruch Friede geschlossen wurde, sondern daß der Kampf fortgesetzt wurde, bis Deutschlands Kräfte endgültig erschöpft waren.

Jetzt endlich gibt die „Freiheit“ zu, daß Deutschland immer aufs ernste bedroht war. So sind nicht nur Ludendorffs Kriegserinnerungen ein Schuldbekenntnis dieses Mannes, sondern sie sind zugleich in der Beschreibung der „Freiheit“ ein Schuldbekenntnis der Unabhängigen, welche jahrelang die Bedrohung des Landes geleugnet haben und sie erst jetzt — zu spät — eingestehen.

Schlafes überall.

Noch eine Postkarte. Sie bringt folgende Meldung: „L. K.! In Ihrer Notiz „Sie schlafen“ will ich Ihnen mitteilen, daß auch in Kallberge-Wäldersdorf, also in der nächsten Nähe von Berlin, am Postamt, wie auch am Amtsgericht, noch die Worte „Kaiserliches“ bzw. „Königliches“ prangen, wie ich mich erst am Sonnabend überzeugt habe. Gleichzeitig fand ich im Dorfe Woltersdorf an dem Quartier der dort untergebrachten Soldaten eine große schwarz-weiß-rote Fahne hängen. Sollte die Ueberschrift Ihrer Notiz statt „Sie schlafen“, nicht besser heißen „Wir schlafen“? Mindestens sollte es heißen, daß viele schlafen, von denen erwartet werden dürfte, daß sie wach und zugegen wären. Denn auch Krugerechtigkeiten haben ihre Bedeutung.“

Ein alliierter Kriegesgerichtshof.

Kronprinz Rupprecht von Bayern Mitangeklagter. Aus Paris wird gemeldet: Innerhalb von zwei Monaten werden eine Anzahl deutscher Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, die der Grausamkeiten in Luxemburg beschuldigt werden, vor einem Kriegesgericht in Nancy zu erscheinen haben. Zu diesen Verklagten gehört auch Kronprinz Rupprecht von Bayern. Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß Prinz Rupprecht den Rang eines Feldmarschalls einnimmt, wird dieser Gerichtshof auf besondere Weise zusammengestellt werden; als Präsident wird einer der französischen Marschälle auftreten.

Zwischenakt.

Szene von Heinrich Rickard (Wonn).

Im Salon vertraulichen die letzten Klänge eines Strauss'schen Walzers und das Stimmengewirr froher Menschen behauptete wieder allein die Herrschaft. Still, wie in schwerem Traum, lag der Wintergarten. Mondschein drang durch die Glaswände und verbreitete eine hange Halbhele. Wilde verheerend lag sie auf den fremden Pflanzen, die einen schweren, süßbetäubenden Duft ausströmten. Hinter äppig verhängenem Hängegrün rann eines Wasserleins leise Klage über die Grotte.

Ein leichter Schritt klang im Nebenzimmer. Die Wastür wurde geöffnet und des Dawes Tochter drängte sich in die träumende Stille. Das Weiß ihres Kleides leuchtete unruhig, wie drohend in die dunklen Farben des Gartens. Ihr Gesicht mußte glänzen, denn die Hand bewegte immerfort den Fächer.

Noch ein Schritt wurde nebenan laut, schwerer, doch etwas unsicher, wie suchend. Dann stand das Schwarz eines Gesellschaftsanzuges im hellen Larrahmen und zwei Menschen starrten sich an, ihre Augen suchend.

„Kräutlein Rosa“, sagte eine tiefe Männerstimme. „vergönnen Sie mir hier wenige Worte, die ...“

„Wenn Sie es sind, Herr Dr. Sanders“, antwortete die Dame kühl. „so bitte ich Sie, mich zu verlassen.“

Die einzige Witze, die ich Ihnen nicht erfüllen könnte.“

Ein kleiner Fuß stampfte zornig den Boden. „Ich befehle Ihnen ...“

„Bei der Tochter eines Soldaten kann das nicht überhört werden. Aber vorher werden Sie mich anhören.“ Die Worte kamen scharf und hart, wie eine Schraube vordringt. Leise schwang eine Frotte darin, gleich dem wartend freisenden Raubvogel, der bereit ist, auf ein Opfer zu stoßen.

Der Widerstand der Dame zerbrach; ihre Arme sanken schlaff herab. Aber dann stieß sie ihre Gestalt wieder und sie sagte gereizt: „Wenn Sie mich hilflos glauben einem Gebären gegenüber, das an Gewalt grenzt, — ich werde die Dienerschaft rufen.“

„Nein, mein gnädiges Fräulein, Sie werden das nicht tun und mich anhören. Als ich vor zwei Monaten glaubte, Sie bitten zu dürfen ...“

„Kommals Doktor — schenken Sie und erinnern Sie nicht daran, daß Sie die Gastfreundschaft dieses Hauses mit einem Uebermut dankten, den man einem Primaner kaum verzeihen hätte!“

„... bitten zu dürfen“, fuhr ihr Gegenüber unbehirt fort, „unser Freundschaft mit einem tiefer vertrauenden Gefühl zu vertauschen.“

„Zum letztenmal — geben Sie, und ich will Ihr Ansprechen vergessen. Meine Antwort ist heute dieselbe.“

Ausig schraubten sich ihr die harten Worte weiter entgegen: „da war ich äußerer Mittel für andere bar, und das erbetene Vertrauen durfte als Wagnis erscheinen.“ Bei den letzten Worten mußte der Mund, der sie sprach wohl lächeln. Aber die Dunkelheit

ließ es nicht erkennen. Oben schwang sich der Raubvogel, um desto jäh herabstürzen zu können.

„Und nun?“ fragte die Dame. Ihre Stimme klang weicher; sie wurde zur Ruhe gebracht, aber dennoch zitterte etwas darin.

„Zieh Sie nicht die Mängel, gnädiges Fräulein! Run ...“

„Aber Sanders — dachten Sie denn wirklich ...?“

„Run hat mich mein eigenes Vertrauen gerechtfertigt. Meine jahrelange Nähe wurde belohnt, schöner, als ich es zu hoffen gewagt.“

„Aber — aber wie mich das freut, Sanders ...“ Die Dame trat näher und lächelte dem Mannes Hand zu lassen. Der legte unmerklich die Hände auf den Rücken und fuhr fort:

„Meine Erfindung ist gesichert und — aber ähnen Sie nicht meinem fortgesetzten Reden — ein Werk hat sie erworben zu einer Summe, die unendliche Möglichkeiten eröffnet.“

„Sanders — haben Sie wirklich geglaubt, daß ich ... meine herben Worte, ja ... aber Sie verstehen das, nicht wahr? Mein schwaches Mädchenherz mußte sich vor sich selber schämen.“

Der Mann fuhr sich mit der Hand über die Stirn, und ein Glanz, der in seine Augen kam, leuchtete durch die Dunkelheit. „Reizende Stellen in ersten Werken sind mir angeboten, ich brauche nur zuzulagen und das Leben liegt vor mir, eine glatte Straße.“

Die Dame war ganz nahe an ihm getreten. Run legte sie die Arme um seinen Hals, barg den Kopf an seiner Brust und sagte leise: „Neben Sie mit meinen Eltern.“

Der Raubvogel ließ herab, Sach löste der Mann sich von den umschlingenden Armen und trat zurück. Gelassen, aber mit hobrender Stärke sagte er dann: „So war es nicht gemeint, gnädiges Fräulein. Ich hatte Ihnen dies nur mitteilen wollen. Wenn Sie nun die Dienerschaft rufen wollen ...“ Ich selbst empfehle mich als Ihr ergebener Diener.“

Eine Verbeugung — der Auszug war frei, und die Tür schimmerte wieder in ungeschörter Helle.

Schwer, fast drückend strömten die Pflanzen ihren Duft aus. Immerzu rann leise Klagen, das Wasserlein. Und im Salon stieg wieder eine neue Klangweise sieghaft über Lachen und Stimmengewirr.

Eine niederdeutsche Bühne in Münster.

Wie die plattdeutsche Dichtkunst überhaupt, so hat auch das niederdeutsche Drama in neuester Zeit einen bedeutenden Aufschwung genommen, und seine künstlerische Pflege durch das Theater erweist sich als eine notwendige Aufgabe. Bisher bestand nur in Hamburg eine niederdeutsche Bühne, die sich der Aufführung plattdeutscher Theaterwerke widmete. Aber sie reicht bei weitem nicht aus, um die Bedürfnisse des ganzen niederdeutschen Sprachgebietes nach Vorstellungen in der heimischen Mundart zu befriedigen. Es ist daher in Münster durch die dortige literarische Gesellschaft ins Leben gerufen worden. Zunächst werden die Stücke des heimischen Dichters Karl Wogenfeld hier gespielt, und sein Bauerndrama „Gott gegen Gott“

wurde bereits am 4. Mai aufgeführt. Im nächsten Winter soll sodann Stabenagens geniales Drama „Mutter Weiss“ sowie zwei Lustspiele des sauerländischen Dichters Friedrich Wilhelm Grimme zur Darstellung kommen. Gastspiele dieser niederdeutschen Bühne werden in anderen westfälischen Städten stattfinden.

Notizen.

— Das Lessing-Theater hat Romain Rollands Drama „Die Zeit wird kommen“ zur deutschen Uraufführung für die kommende Spielzeit erworben.

— Die deutsche Universität in Czernowitz soll am 1. September geschlossen werden. Auch in Prag geht die deutsche Universität ein.

— Internationalisierung der Wiener Kunstausstellungen. Die Wiener französische Gesellschaft belanngt, hat sich eine Vereinigung von Gelehrten und Künstlern der neutralen Staaten gebildet, die an die Pariser Friedenskonferenz mit der Bitte herantreten werden, die Aufstellung der Schäge im Interesse der Kultur zu verhindern, die Kunstschätze zu internationalisieren und unter den Säug des Völkerverbundes zu stellen.

— Ein Protest gegen die Reichsvergünstigungen. Feuer ist der deutschen Nationalversammlung zum Theaterkultur-Beitragung aller öffentlichen Veranstaltungen ohne jede Rücksicht auf ihren Zweck ebenso wie die in dem Entwurf zum Ausbruch kommende Auffassung von der Kunst als Luxus und Vergnügen als kulturfeindlich ab. Der Verband empfiehlt mindestens die konsequente Ausdehnung der Steuerbefreiung von Veranstaltungen in Schulen auch auf die tatsächlich über dem Sinne nach den Volksunterricht ergänzenden Aufführungen (Schüler- und Arbeiterveranstaltungen u. a.). Schlimmstenfalls wird eine Dreifachung der Besteuerung nach Stätten bzw. Veranstaltungen vorgeschlagen: 1. niedriger Unterhaltung (z. B. Circus, Tanzergünstigungen); 2. höherer Unterhaltung (z. B. Operntheater); 3. solchen, die der ethischen und geistigen Erziehung der Bevölkerung oder der Volksbildung dienen.

— Die Schlachtfelder von Blumen überfät. Einen interessanten Bericht über die Schlachtfelder gibt die „Cologne Post“ Nr. 117. Die Landschaften in Frankreich und Flandern nehmen schnell ihren Zustand aus der Vorkriegszeit wieder an, und schon ist es möglich, fast überall auf den früheren Schlachtfeldern mit dem Motor herumzufahren. Als Granatländer und Schützengräben werden noch und noch von einer Armee von Chinesen ausgefüllt. Amiens weist noch viele Merkmale der Kriegsschicksale auf, jedoch kehren die früheren Bewohner schnell zu ihrer Vaterstadt zurück und die Geschäfte wideln sich schon an vielen Stellen wie üblich ab. In Arras werden die Wiederherstellungsarbeiten unter Hilfe von deutschen Gefangenen gefördert. Die Verwüstungen des Krieges in den Oepländereien sind schon fast vollständig überdeckt durch helle, rote Rosenblumen. Die Stadt Ylle bietet schon wieder den Anblick der Reinlichkeit, Ipern ist allerdings noch ein Trümmereisland.

25 Jahre Sozialdemokratie in Holland.

Am 26. August ist ein Vierteljahrhundert seit der Gründung der holländischen sozialdemokratischen Partei, der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Niederlande“, vergangen. Fünfundzwanzig Jahre Sozialdemokratie bezeichnen fast ein Menschenalter von Kampf für die Befreiung der Arbeiter von der kapitalistischen Weltanschauung und sind eine ebenso große Zeitspanne unangesehener Kämpfe für die Erhebung des Proletariats, die Emanzipation der Arbeiterklasse in Staat und Gesellschaft als Menschen und Bürger.

Die niederländische Sozialdemokratie ist im Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts entstanden aus der politischen und sozialen Vermorrenheit des Anarchismus von Domela Nieuwenhuis und Konsorten, die in der phantastischen Hoffnung auf eine „Weltrevolution“ die Arbeiter von ihrem wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Kampf ablenken wollten, da die gesamte klassenbewusste Arbeiterbewegung, die in dem Drang ihrer frühreifen Jugend natürlich nur utopisch revolutionär sein konnte, so schnell wie möglich dem verderblichen Anarchismus zuführen wollten. Es war im Jahre 1894, als einige der Führer der damals rapid ins anarchisch-bakunistische Fahrwasser zu steuernden Partei von Domela Nieuwenhuis in der Provinzstadt Zwolle zusammenkamen, um die neue sozialdemokratische Partei zu gründen. Es waren damals nicht mehr wie sechzig Männer verschiedenen Alters, unter ihnen die besten Führer, Redner und Schriftsteller, auch theoretisch ausgebildete Arbeiteragitatoren, die der holländischen Arbeiterbewegung die großen sozialistischen Ziele zurückgeben wollten, die der Anarchismus in den Schmutz gemorfen hatte.

Von diesem Zeitpunkt an datiert für den ganzen politischen und sozialen Kampf in Holland eine große Periode des neuen und glorreichen Aufschwunges. Die niederländische Sozialdemokratie verdankte von der Stunde ihrer Geburt an und noch viele Jahre später der deutschen Bruderpartei die beste geistige und materielle Unterstützung. Man kann etwa sagen, daß an ihrer Wiege auch die großen bekannten Führer der deutschen Sozialdemokratie gestanden haben, daß ein Wilhelm Liebknecht, ein August Bebel, Paul Singer und Auer zu jeder Zeit bereit waren, der jungen sozialdemokratischen Partei Hollands in allen Schwierigkeiten mit Rat und Tat beizustehen. Viele ihrer Führer und Genossen danken ihre Schulung den Lehren des alten Liebknecht, Bebel, Kautsky usw.

In fünfundsiebenzig Jahren hat die Sozialdemokratie Hollands sich in dem politischen und sozialen Leben des Landes eine einflussreiche Stellung geschaffen. Sie ist jetzt die zweitgrößte Partei. Ihre politische und soziale Position ist für die ganze politische und soziale Entwicklung unbedingt maßgebend. In unermüdlichem Kampfe hat die Arbeiterklasse Hollands ein sehr demokratisches, allgemeines Wahlrecht für Männer und Frauen erworben. Seit einem Monat ist auch ein Achtstundengesetz für Fabrikarbeiter im Parlament bestätigt worden, das zu den besten gehört, die wir kennen. Die Partei zählt heute rund 50 000 Mitglieder, sie hat eine starke Presse hinter sich und verfügt über etwa 300 000 Wähler der Arbeiterklasse. Mehr als 1000 Sozialdemokraten sitzen in Gemeinderäten usw. Das alles wurde errungen in erbittertem Kampfe gegen die Macht des Kapitalismus, den Liberalismus und Merkantilismus, kleinbürgerliche Beschränktheit, Anarchismus und schließlich auch gegen einen radikalen Fanatismus von engherzigen Doktrinären; letztere sind in das bolschewistische Lager übergegangen und haben sich mit unseren alten Feinden, den Anarcho-Syndikalisten und Anarchisten zusammengeschlossen, um in geschlossener Front die Sozialdemokratie zu bekämpfen.

Trotzdem steht die sozialdemokratische Partei Hollands wie ein Fels. Ihr Einfluß auf die bestorganisierten der kämpfenden Arbeiter ist ungebrochen. Sie ist dabei auch immer international im besten Sinne des Wortes gewesen. Während des Weltkrieges hat sie sich ihrer Verantwortlichkeit voll und ganz bewußt gezeigt. Das wissen auch die deutschen Sozialdemokraten. Sie wird auch weiter so bleiben als tüchtige Bannerträgerin unserer großen Ideale.

Amsterdam.

Jos. Loopuit.

Vollversammlung des Rumpfs-Arbeiterrates.

A. S. Die Arbeiterräte und Funktionäre sowie die Betriebsräte der U. S. P. und A. P. D. traten am gestrigen Montagabend im Lehrervereinshaus zusammen, um zu der Ermittlung des unabhängigen Vollzugsrats durch das Oberkommando Roske Stellung zu nehmen.

Richard Müller und Stoll (U. S. P.) schilderten die Vorgänge bei der Vertreibung des Vollzugsrats aus seinem Heim. Was gesucht wurde, das Material zu den Arbeiterräten, hätte nicht beschlagnahmt werden können, weil es anderweitig untergebracht worden sei. Lediglich Flugblätter und nichtsendende Schriftstücke seien den Kriminalbeamten in die Hände gefallen. In der heutigen Versammlung sollten die Funktionäre und Betriebsräte der einzelnen Werke über die Stimmung in den Arbeiterkreisen berichten, damit auf Grund dieser Stimmung ein Beschluß gefaßt werden könne, welche Abwehrmaßnahmen ergriffen werden sollen. A. Müller teilte mit, daß die Arbeiter der A. E. G. Hennigsdorf bereits in den Streik getreten seien.

Urban (A. P. D.) verlangte, daß der von der Regierung angelegte Kampf angenommen werde.

Schielbein (A. P. D.) von der A. E. G. Hennigsdorf: Unter den jetzigen Umständen würden die Kollegen in Hennigsdorf keinen Hammer Schlag mehr tun. Es müßte unbedingt in den Generalstreik eingetreten werden. Die Arbeiter von Hennigsdorf hätten einen Aufbruch betreibend Schließen und die russische Sowjetregierung verfaßt, der in je einem Exemplar dem Vollzugsrat und der „Freiheit“ noch unterschrieben übermittelt worden sei. Zu dem Aufbruch habe man sich jedoch nicht geäußert. Die Arbeiter seien der Meinung, daß die revolutionäre Hennigsdorfer Arbeiterkraft den führenden Genossen ungenügend sei. Auch dieser Redner forderte den Eintritt in den Generalstreik.

A. Müller war der Meinung, daß das Vorgehen gegen den Berliner Vollzugsrat keine Aktion im Reiche auslösen würde. Der Streik würde also lediglich auf Berlin beschränkt bleiben. Ein Generalstreik, für den nicht genügend vorgebereitet sei, würde der Arbeiterkraft lediglich eine schwere Niederlage bringen.

Spiegelberg (A. P. D.) verurteilte das Vorgehen der Hennigsdorfer Arbeiterkraft.

Berger (U. S. P.): Die Provinz geht nicht mit, denn Ber-

lin habe sich nicht gerührt, als im Ruhrgebiet gekämpft worden sei.

Er forderte einen Proteststreik und nicht einen Generalstreik.

Bollmershaus, der zweite Vorsitzende der Berliner Gewerkschaftskommission, teilte den Beschluß des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission mit, in dem gesagt ist, daß das Vorgehen der Regierung sich auch gegen die Gewerkschaften (?) richte. Am Dienstagvormittag würde die Berliner Gewerkschaftskommission die zu ergreifenden Maßnahmen beraten. Sie würde sich nach den Beschlüssen, die heute gefaßt würden, richten. Die Gewerkschaftskommission würde versuchen, bereits am Dienstagvormittag mit der Regierung Fühlung zu nehmen.

Jacobson (A. P. D.) forderte, daß der Vollzugsrat eine Abwehraktion unternehme und sich nicht schelen lasse.

Abrecht (U. S. P.): Es müßte dafür gesorgt werden, daß bei einem Generalstreik, um diesen voll zur Auswirkung zu bringen, sich in erster Linie Buchdrucker, Strohenschnitzer usw. daran beteiligen, damit die Indifferenten mitgerissen würden.

Roch (U. S. P.) teilte mit, daß er von der Arbeiterkraft der Werkstätten Vorhag beauftragt sei, mitzuteilen, daß die Arbeiter jetzt nicht in einen Streik eintreten könnten.

Sieman von der Hochbahngesellschaft gab bekannt, daß die Arbeiter der Untergrundbahn schwerlich für einen Streik zu gewinnen seien.

Seine forderbe im Namen der A. P. D. auf, in den Generalstreik zu treten.

In der weiteren Diskussion erklärte u. a. ein Abgesandter der Berliner Elektrizitätswerke, daß die Arbeiter zurzeit für keinen Generalstreik zu haben seien, erst müßten die Bitterfelder Kollegen orientiert werden, sonst würde der Strom für ganz Mitteldeutschland lahmgelegt werden.

Ein Vertreter der Buchdrucker betonte, daß die Berliner Buchdrucker nur durch Abkoppeln von Kraft, Gas und Wasser aus den Betrieben gebracht werden könnten.

Der Antrag der Kommunisten, geschlossen in den Generalstreik einzutreten, wurde abgelehnt. Ebenso wurde der Antrag des Vollzugsrates, in einen Proteststreik einzutreten, abgelehnt. Ein Antrag, der ein Ultimatum an die Regierung forderte, fand das gleiche Schicksal.

Dagegen wurde eine Resolution, in der erklärt wird, daß die Berliner Arbeiterkraft die Proklamation der Regierung erkannt habe und zu gegebener Zeit mit allen wirtschaftlichen Mitteln dazu Stellung nehmen werde, gegen wenige Stimmen angenommen. Ebenso ein Antrag, daß die U. S. P. D. Vertreter in den Parlamenten aus diesen Körperschaften auszutreten haben.

Der Beschluß der Berliner Gewerkschaftskommission, die sich anmahnt, für die Gewerkschaften zu sprechen, ist eine Dreistigkeit. Die Berliner Gewerkschaftskommission ist nach der systematischen Maßregelung der alten Gewerkschaftsbeamten nichts anderes als ein Anhängsel des unabhängig-kommunistischen Vollzugsrates.

Französische Willkürherrschaft.

Nach der Landeszeitung ereignete sich in Speyer ein neuer Akt französischer Willkür. Der zur Sicherung des dortigen Regierungsgebäudes bestellte Kriminalbeamte Rang wurde auf die französische Kommandantur befohlen, aber nach belanglosen Fragen entlassen. — Auf dem Heimwege wurde Rang von einem französischen Unteroffizier tödlich beleidigt, der ihn dann seinerseits auf der Wache der tätlichen Beleidigung beschuldigte, um eine Verhaftung zu konstruieren. — Daraufhin wurde Rang, der vorher noch seine Vorgesetzten von dem wahren Sachverhalt aufklären konnte, von den Franzosen ins Gefängnis geworfen.

Hauptauschuß der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands.

Am Sonntag, den 24. August, traten die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen aus ganz Deutschland in Berlin zusammen, um zu den brennenden Fragen der Gegenwart und der nächsten Zukunft Stellung zu nehmen, über die bisherige Arbeit der sozialdemokratischen Lehrerschaft zu berichten und Richtlinien für ihre Tätigkeit in der nächsten Zeit aufzustellen. Aus dem zusammenfassenden Bericht des Geschäftsführers, Gen. Dr. Rohmann, und aus den Einzelberichten der Bezirksvertreter ging das erste und schnelle Fortschreiten der Bewegung und das stetige Anwachsen der Arbeitsgemeinschaft hervor. Zum ersten Male war auch Süddeutschland vertreten und konnte berichten, daß der Landesverband Württemberg bereits mit über 100 vorläufigen Anmeldungen an seine endgültige Gründung im September geht. Es bestehen zurzeit 85 Ortsgruppen und 30 Bezirksgruppen, die Gesamtmitgliedszahl dürfte 3000 bald erreicht haben.

Aus dem Bericht des Hauptvorstandes ging dementsprechend die außerordentliche Steigerung der laufenden Geschäfte hervor. In zahlreichen Eingaben an die einzelstaatlichen Kultusministerien hat sich der Hauptvorstand der wegen ihrer politischen Betätigung drangsalierten sozialistischen Lehrer angenommen. Die Veröffentlichungen im Kampfe um das Schulkompromiß, die nach Lage der Sache ohne vorherige Verständigung mit dem Hauptauschuß erfolgen mußten, werden von allen Vertretern einstimmig gutgeheißen. An die einzelstaatlichen Ministerien soll eine Eingabe gerichtet werden, in der die beschleunigte Einführung der kollegialen Schulleitung gefordert wird.

Zum Schulkompromiß wurde nach einem kurzen Referat des Vorsitzenden, Gen. Heinrich Schulz, einstimmig folgende Entschliebung gefaßt:

„Der Hauptauschuß der Arbeitsgemeinschaft hat die Gründe zur Kenntnis genommen, die die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung in Weimar veranlaßt haben, dem Schulkompromiß zuzustimmen. Der Hauptauschuß anerkennt, daß die Fraktion unter dem Druck der politischen Lage und angesichts der mangelnden Stärke und der Uneinigkeit der sozialdemokratischen Partei zu einer Verständigung in der Schulfrage mit den bürgerlichen Parteien, besonders mit dem Zentrum, genötigt war. Er bedauert aber vom pädagogischen Standpunkte aus auf das lebhafteste, daß die Verständigung auf Kosten unserer Forderungen der Weltlichkeit des gesamten Schulwesens erfolgte.“

Der Hauptauschuß verkennt andererseits nicht, daß eine Reihe von Bestimmungen der neuen Verfassung (wie die grundsätzliche Anerkennung der sozialen Einheitschule, die Forderung der obligatorischen Fortbildungsschule, die Reform der Lehrerbildung, die Einführung des Arbeitsunterrichtes) Fortschritte des deutschen Schulwesens, auch eine teilweise Verwirklichung der weltlichen Schule ermöglichen. Er richtet deshalb an alle Kollegen und Kolleginnen die Aufforderung, im Sinne der Ausgestaltung des Schulwesens zur sozialen Einheitschule tätig zu sein. Besonders gilt es, in Verbindung mit den Parteiorganisationen sowohl die Lehrer als auch die sozial-

demokratischen Erziehungsberechtigten mit den Zielen und Aufgaben der weltlichen Schule vertraut zu machen, damit bei der bevorstehenden Regelung des Schulwesens möglichst weltliche Schulen eingerichtet werden können.

Im übrigen hält der Hauptauschuß grundsätzlich fest an der Forderung der Weltlichkeit des gesamten Schulwesens, die keine Verneinung der Religion an sich, sondern nur die Beseitigung des Religionsunterrichtes aus dem Lehrplan der Schule bedeutet, da er in dieser Forderung eine der wesentlichsten Voraussetzungen der Einheitschule des Schulwesens sieht.

Der Hauptvorstand wird beauftragt, Vorschläge für die auf der Reichsschulkonferenz zu erörternden Fragen auszuarbeiten, die dann in den einzelnen Orts- und Bezirksgruppen durchberaten werden sollen.

Nach einem Referat über die Junglehrer- und Kriegseminaristenbewegung wird folgender Antrag einstimmig angenommen:

„Der Hauptauschuß hat Kenntnis genommen von den Forderungen der Junglehrer und Kriegseminaristen und erklärt sich bereit, diese Forderungen seinerseits nachdrücklich zu unterstützen.“

In der Frage der Lehrerbildung wird beschlossen: Die Arbeitsgemeinschaft tritt für die Einheitschule des Lehrstandes und für die Gleichberechtigung aller Lehrer ein. Insbesondere verlangt sie die Gleichstellung der Landlehrer wie der Stadtlehrer in der Ausbildung.

Zum Lehrerbildungswesen wird folgender Antrag angenommen:

„Der Hauptauschuß verweist die Ortsgruppen auf die Verhandlungen der Seminarlehrertagung am 10. August in Erfurt und fordert sie auf, zu den dort aufgestellten Vorschlägen über Reform der Lehrerbildung Stellung zu nehmen, da eine reichsgesetzliche Regelung des Lehrerbildungswesens auf Grund der neuen Verfassung zu erwarten ist.“

Es wird angesetzt, die Zeitschrift der Arbeitsgemeinschaft „Der freie Lehrer“ reichhaltiger auszugestalten. Alle Bezirksgruppen erklären sich zur Mitarbeit und zur Gewinnung namhafter pädagogischer Mitarbeiter bereit. An dem Zwangsabonnement soll festgehalten werden.

Genosse Dr. Kawerau ist aus dem Hauptvorstand ausgetreten, an seiner Stelle wird Genossin Böckel einstimmig hinzugefügt.

Regierung und Parteivorstand.

Aus dem Parteibureau wird uns geschrieben:

In ihrer bekanntesten Art schreibt die „Freiheit“ in ihrer heutigen Morgenausgabe: Herr Roske habe sich vor dem 21. Juli ausdrücklich des Einverständnisses des rechtssozialistischen Parteivorstandes versichert, bevor er die Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratie verbot. Es sei anzunehmen, daß ein solches Einverständnis auch bei der Ermittlung des Rumpfvollzugsrats und bei einem eventuellen Verbot der Dienstag-Versammlungen zustande gekommen sei. — Es braucht kaum betont zu werden, daß an diesen Behauptungen kein wahres Wort ist. Von der Entfernung des sogenannten Vollzugsrats aus dem Staatsgebäude in den Zellen erfuhr der Parteivorstand erst durch die Zeitungen. Von den geplanten Dienstag-Versammlungen desgleichen. In den Tagen vor dem 21. Juli erhielt der Parteivorstand durch ein Gespräch zwar Kenntnis davon, daß Versammlungen unter freiem Himmel im Stadtpark nicht zugelassen werden sollten. Er ist aber weder um sein Einverständnis er sucht worden, noch hat er ein solches gegeben. — Diese unantastbaren Feststellungen werden freilich die von jeder Wahrheit liebe unabhängige „Freiheit“ nicht abhalten, ihren Lesern weitere solche Märchen aufzuspielen, denn: der Zweck heiligt die Mittel!

Noch einmal: Netze Schmiegeldwirtschaft.

Die Firma Hugo Feilbsohn sendet uns folgende Verächtigung:

Eine Firma Feilbsohn u. Co. gibt es nicht, sondern nur eine Firma Hugo Feilbsohn, deren alleiniger Inhaber ich bin. Ein Verkauf des Lagers der Wulfgangmeisterei an meine Firma hat nicht stattgefunden, sondern es ist mit nur der kommissionarische Verkauf des Lagers übertragen worden, was dem Betriebsrat richtig mitgeteilt worden ist. Es ist unklar, daß ich oder ein Dritter in meinem Auftrage oder mit meinem Wissen irgend einer Stelle Schmiegelder angeboten oder gegeben hat. Es ist ferner unklar, daß Günther Mitinhaber der Firma Hugo Feilbsohn ist. Hugo Feilbsohn.

Dazu stellen wir fest:

Günther hat dem Angestellten Einzel von dem Reichsvermerkungamt, wie dieser eingestanden hat, 10 000 R. Schmiegeld gegeben. Es ist derselbe Günther, der vorher dem Betriebsrat der fraglichen Stelle des Reichsvermerkungsamts von Herrn Feilbsohn in einer Weise vorgezeigt worden ist, die keinen Zweifel darüber ließ, daß er, wenn auch nicht Mitinhaber, so doch Bevollmächtigter des Herrn Feilbsohn war. Derselbe Günther hat demselben Betriebsrat am vergangenen Donnerstag insgesamt 75 000 R. Schmiegelder angeboten. Alles andere interessiert uns an dem ganzen Vorfall wenig. Ob Herr Feilbsohn davon gewußt hat oder nicht, scheint bei der ganzen Art, wie man allgemein mit Schmiegeld umzugehen pflegt, rechtlich belanglos. Oder gibt es nicht ein altes Wort: Wenn du Gutes tust, so soll deine rechte Hand nicht wissen, was die linke tut?

Die ukrainische Offensive gegen die Bolschewisten.

Zu den neuesten Ereignissen in der Ukraine erhalten wir von ukrainischer Seite folgende Bemerkungen:

Die ukrainische Offensive gegen die russischen Sowjettruppen wird vielfach als Teil eines einheitlichen, durch dieselbe Hand in Bewegung gesetzten Vorstoßes sämtlicher Konterrevolutionäre gegen Sowjetrußland bezeichnet. Dieser Auffassung muß ukrainischerseits mit größtem Nachdruck widersprochen werden. Die ukrainische Bewegung ist antibolschewistisch, aber nicht konterrevolutionär. Von Koltchal und Demkin mit ihren freiwilligen Truppen, von Konarischen und Reaktionen aller Schattierungen trennt die Ukrainer dieselbe unüberwindliche Luft, wie von den Bolschewisten. Das Ziel des ukrainischen Kampfes bildet die Befreiung ihres Heimatbodens von jeder Fremdberrschaft und Errichtung einer wahrhaft demokratischen ukrainischen Volksrepublik, die würdig wäre, in den Kreis freier Völker aufgenommen zu werden. Die ukrainische Bewegung bedroht daher in keiner Weise das russische Volk, im Gegenteil bringt sie den nationalen Interessen auf dem ukrainischen Territorium volle Gleichberechtigung und Anerkennung. Und zweitens: Die Ukrainer stützen sich in ihrem Befreiungskampfe lediglich auf ihre eigenen Kräfte und stehen im Dienste keiner auswärtigen Faktoren. Im Gegenteil waren es eben die polnischen Ententebedingte, die zu wiederholten Malen den Ukrainern während ihres Vormarsches gegen die Bolschewisten in den Rücken gefallen sind, bis sie endlich mit Zustimmung ihrer Beschützer ihre imperialistischen Wünsche, die Eroberung des ukrainischen Ostgaliziens, erreicht haben.

Gewerkschaftsbewegung

Generalversammlung des Verbandes der Schiffszimmerer Deutschlands.

Vom 17. bis 21. August tagte im Hamburger Gewerkschaftshaus die 14. Generalversammlung des Verbandes. Der Vorsitzende Klier ergänzte den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht. Der Mitgliederbestand war kurz vor Ausbruch des Krieges 3688. Er sank während des Krieges ganz erheblich und erreichte 1918 mit 1366 seinen tiefsten Stand; stieg aber erfreulicherweise bis Ende des Jahres 1919 noch über seine ursprüngliche Höhe auf 4429. Die Stellung des Vorstandes zum Räteismus kennzeichnete Redner dadurch, daß er den Satz „Alle Macht den Arbeiterräten“ als unbedenklich ablehnte; dagegen forderte er das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Produktionsprozeß und betonte, daß dies schon eine alte Forderung der Gewerkschaften und die Voraussetzung für die kommende Sozialisierung sei. Nach längerer Debatte, an der sich auch Knoll, Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, beteiligte, wurde gegen drei Stimmen eine Resolution angenommen, in der die 14. Generalversammlung anerkennt, daß die Politik der Generalkommission und der Verbandsvorstände von dem rebellischen Willen getrieben war, das Beste für die Arbeiterklasse zu erreichen. In der Erwägung, daß die Gewerkschaften der Revolution nur durch die Macht der Arbeiterorganisationen erhalten und erweitert werden können, empfiehlt die Generalversammlung allen Mitgliedern einmütig und geschlossenes Handeln. Für jedes Mitglied ist es seine Pflicht, allen Zerplitterungsversuchen entgegenzutreten und die Stärkung des Verbandes nach Kräften zu fördern.

Den Bericht vom stattgefundenen Gewerkschaftskongress ersetzte die H. H. Hamburg. Im weiteren Verlauf der Tagung wurden die Punkte: 1. Stellungnahme zur passiven Resistenz als Kampfmittel, 2. Die Stellung des Verbandes zur Finanzierung des Zentralrats, auf Vorschlag Anolls dem Bundesvorstand überwiesen. Ferner wurde ausgesprochen, daß die 14. Generalversammlung des Verbandes der Schiffszimmerer Deutschlands sich auf den Boden des Räteismus mit demokratischer Grundlage stellt, aber jede Diktatur ablehnt. Sie verlangt das volle Mitbestimmungsrecht für die Betriebsräte in den Betrieben.

Eine geringfügige Erhöhung der Beiträge wurde beschlossen, die Streikunterstützung dagegen um 100 Proz. erhöht. Sodann gelangte noch eine Entschiedenheit zur Annahme, in der ausgesprochen ist, daß die Generalversammlung erklärt, daß noch wie vor die Gewerkschaften die berufenen Vertreter der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter sind und vorwiegend noch längere Zeit bleiben werden. Als Grundlage für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften werden die vom Nürnberger Gewerkschaftskongress beschlossenen Richtlinien anerkannt. Zur Erfüllung der Verbandsaufgaben soll mehr als bisher auf den Abschluß von Tarifverträgen hingearbeitet werden; dieselben sollen möglichst kurzfristig sein und Bestimmungen enthalten über Arbeitszeit, Pausen, Lohn, Ueberstundenlohn, Lohnzahlung, Werkzeughaltung, Ferien, Bekleidungsbesitz, Vertragsdauer, Vertragsauflösung und Bestimmungen über Schlichtungsinstanzen.

Ferner wurde von verschiedenen Seiten mitgeteilt, daß einzelne Kollegen nach der achtstündigen Arbeitszeit noch gewerbliche Nebenarbeiten verrichteten und verlangt, daß die Kollegen die Ausübung von Nebenarbeiten auf eigene Rechnung ablehnen und ebenfalls von anderen Arbeitgebern solches Ansinnen ablehnen.

Die nächste Generalversammlung soll wiederum in Hamburg stattfinden.

Achtung! Gewerkschaften!

Heute nachmittag 4 Uhr findet eine Plenarsitzung der Berliner Gewerkschaftskommission statt.

Gewerkschaftsmitglieder!

Das Rollendorf-Theater hat uns für die Operette „Die Puppe“ eine Anzahl Billets zu den verschiedensten Plätzen zu einem sehr ermäßigten Preise (2-5 M.) zur Verfügung gestellt. Karten für heute bis einschl. Sonntag, den 31. August, können in unserem Bureau, Berlin SO 18, Engelauer 15 I, Zimmer 15, von heute vormittags 9 bis nachmittags 4 Uhr an allen Wochentagen in Empfang genommen werden.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Der arbeitswillige Gerichtsassessor.

Die Bürogehilfen des Rechtsanwalts gehörten von jeher nicht zu den Angestellten, deren Lage beneidenswert war. Daß sie heute noch nicht besser ist, zeigt u. a. auch der Tarifvertrag für Frankfurt a. M. Nach ihm erhalten Gehilfen über 20 Jahre 160 M. Monatsgehalt, über 25 Jahre 200 M., über 30 Jahre 250 M. Hinzu kommt allerdings eine Feuerungszulage von 15 Proz., die allerdings mit dem 1. Oktober auf 10 Proz. „abgehaut“ wird und mit dem 1. Januar gar auf 5 Proz. Die Organisation der Anwaltsangehörigen erstreckt deshalb eine Verbesserung der Lage durch einen Reichstarif. Dagegen steht nun der Gerichtsassessor Goldschmidt in Charlottenburg vom Leder. In einem Artikel „Anwaltsnot und Assessorienelend“ in den Nachrichten für die Mitglieder des Deutschen Anwaltsvereins weist er auf die schlechte Lage des Anwaltsstandes und die hohen Forderungen der Angestellten hin. Er will ja nicht sagen, daß diese Ansprüche übertrieben sind; denn der Wunsch eines jeden Arbeiters ist nur gar zu verständlich, eine der Feuerung angemessene Vergütung zu erhalten. Aber gegenüber der schlechten Lage ihrer Brotgeber hätten die Angestellten schon etwas mehr Verständnis zeigen können; denn der Tarifvertrag sei für den größten Teil der Anwälte einfach eine Unmöglichkeit.

Um dieser Unmöglichkeit zu entgegen, empfiehlt der Herr Gerichtsassessor den Anwälten, „gewisse Anstellte durch andere zu

ersetzen“. Was das für „gewisse“ Angestellte sein sollen, ist nicht schwer zu erraten. Der Herr Gerichtsassessor hat auch Ersatz für diese „gewissen“ Angestellten, nämlich das Assessorienelend. Die Anwälte sollten die Assessorien als „juristische Hilfsarbeiter“ aufnehmen. Das wäre ein Weg, dem unermesslichen Elend des preussischen Gerichtsassessors wirksam zu begegnen und der wirtschaftlichen Not der Rechtsanwälte abzuhelfen.

Sehr schön, daß sich die Herren in ihrer Not gegenseitig beistehen wollen, nur schade, daß dieser Weg so arg rüchlos ist.

Bewegung unter den Angestellten der Poststelle.

Von einem Mitglied des Angestelltenausschusses der Poststelle Groß-Berlin erhalten wir eine Zuschrift, der wir folgendes entnehmen: Herr Kunkel, der seit Bestehen der Poststelle das Bureau geleitet hat, hat sich während der ganzen Zeit als ein stolzkonservativer Mann betragen. Er hat auch nach dem 9. November alles mögliche versucht, um den Angestellten ihre Rechte zu beschneiden. Seitdem der unbesoldete Stadtrat Prof. Dr. Wallat mit der Leitung der Poststelle beauftragt war, hat es Kunkel geschickt verstanden, die Unkenntnis des neuen Dezernenten auszunutzen, um die Angestellten an die Wand zu drücken. Unter Nichtachtung des Mitbestimmungsrechtes der Angestellten nahm K. selbstherrlich Einstellungen, Entlassungen, Versetzungen usw. vor. Was die Beamtenkammer der Stadt Berlin betrifft, so sei bemerkt, daß K. sich bis heute noch nicht an dieselbe gewandt hat; lediglich einige Kollegen des K. haben die Beamtenkammer beauftragt, gegen unsere Forderung beim Magistrat Berlin Einspruch zu erheben. Die Poststelle Groß-Berlin ist aber keine städtische Dienststelle, sondern unabhängig vom Magistrat Berlin ein selbständiger Kommunalverband, zu welchem bei circa 700 Arbeiter und Angestellten nur 8 Berliner Beamte zwecks Dienstleistung beurlaubt sind. Die Betragung der Beamtenkammer der Stadt Berlin vom Oberbürgermeister, welcher gleichzeitig Vorsitzender der Poststelle Groß-Berlin ist, muß von uns als Verschleppungsakt angesehen werden, da K. bereits am 8. d. Ms. von unserer Forderung Kenntnis hatte. Es liegt im Interesse der Allgemeinheit, wenn derartige Beamte, die sich den heutigen Verhältnissen nicht anpassen können, entfernt werden. Pflicht der vorgesetzten Behörden ist es, einzugreifen, damit nicht wegen eines Beamten 700 Arbeiter und Angestellte an die Wand gedrückt werden und bei einem evtl. Streik nicht circa 3 1/2 Millionen Menschen darunter leiden.

Die Obleute des Angestelltenausschusses der Poststelle Groß-Berlin (Misch) ersuchen uns um Aufnahme folgender Erklärung, um in weiten Kreisen bestehende Irrtümer klarzustellen.

Den Vorsitz der Poststelle Groß-Berlin (Misch) führt Herr Stadtrat Dr. Simonsohn. Die engere Verwaltung untersteht der Leitung des Herrn Magistratsassessors Dr. Berker. Beide Herren haben es bisher verstanden, die Anordnungen des Magistrats Berlin so auszuführen, daß sowohl die Verwaltung wie auch die Angestellten zu ihrem Rechte kamen. Der Angestelltenausschuss der Poststelle Groß-Berlin (Misch) gibt der Erwartung Ausdruck, daß es auf dem Verhandlungswege doch noch gelingen möge, die durch das Verhalten des Herrn Bureauoberleiters Kunkel in den Notierungen Butter und Käse entstandenen Differenzen aus dem Wege zu räumen. Daß der Magistrat Berlin im Interesse der Lebensmittelpflege Berlins die Anglegenheit nicht in der üblichen bürokratischen Weise erledigt, ist allerdings dabei Voraussetzung. Scheitert eine Verständigung auf gutlichem Wege an dem Verhalten des Magistrats, wird auch der Angestelltenausschuss der Poststelle Groß-Berlin (Misch) Maßnahmen treffen, um die Kollegen der Poststelle Groß-Berlin (Butter) und Poststelle Groß-Berlin (Käse) in der Wahrung ihrer berechtigten Interessen zu unterstützen.

Postdirektion gegen das Koalitionsrecht der Postangestellten.

Aus dem Bureau des Transportarbeiterverbandes wird uns geschrieben: Aus zahlreichen an uns gelangten Beschwerden geht hervor, daß die oberen Postbeamten sich noch immer nicht frei machen können von jenem Geiste des alten, verdochnerten und verderblichen Regimes. In den Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden im November u. 18. heißt es im Absatz 2: „Eine Einschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen ist unzulässig“. Die Reichsregierung hat diese Vereinbarung unterzeichnet. Damit ist auch allen Post- und Telegraphenbeamten, Arbeitern und Hilfskräften die volle Koalitionsfreiheit zugesprochen. Aufgabe der Reichspostverwaltung wäre es, dafür zu sorgen, daß die ihr unterstellten Organe Eingriffe in das freie Koalitionsrecht ihrer Angestellten und Arbeiter unterlassen.

Auf dem Postamt O. 27 bezieht der Amtsvorleser den Postboten, Hilfskräften und Reinemachefrauen, sich im Deutschen Transportarbeiterverband zu organisieren. Einer Reinemachefrau, die seit 15 Jahren bei der Post beschäftigt ist, sind wegen ihrer Organisationszugehörigkeit die bestmöglichen Vorwürfe gemacht worden. Auch das Anbringen von Versammlungseinladungen zu gewerkschaftlichen Versammlungen an den üblichen Bekanntmachungstafeln wird den Hilfskräften verboten. Das Postamt O. 27 ist nicht das einzige, über das Klage geführt wird, auch der Postdirektor Schüb vom Postamt W. 8 gehört mit zu jenen, die den „Herrn-im-Hause-Standpunkt“ vertreten. Solche Beschwerden können wir jederzeit erlangen.

Wir richten deshalb an den Herrn Reichspostminister die Anfrage, ob er eine derartige Handlungsweise der ihm unterstellten oberen Beamten gutheißt. Die Postbehörde hat kein Recht danach zu fragen, in welcher Organisation sich die Postbeamten und Hilfskräfte zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen organisieren. Das Postpersonal nimmt für sich ebenfalls das Recht des freien Zusammenschlusses in Anspruch und wird sich dieses Recht nicht einschränken lassen.

Streik im chemischen Großhandel.

Die Arbeitgeber haben die für Montag im Reichsarbeitsministerium in Aussicht genommenen Verhandlungen hintertrieben. Sie haben mitgeteilt, daß sie durch andere Verhandlungen verhindert sind zu erscheinen. Dagegen wurde festgestellt, daß dieselben Arbeitgeber vormittags 11 Uhr sich im Reichsarbeitsministerium zusammensanden. Damit ist die Unwahrhaftigkeit der Arbeitgeber erwiesen, und es ist klar, daß auf ihrer Seite die Absicht bestand, die Verständigungskartelle zu hintertreiben. Die Streikenden werden am Dienstag früh, 10 Uhr, in den „Sophienjalen“, Berlin O., Sophienstr. 10, ihre Antwort auf das Verhalten der Arbeitgeber erteilen.

Die Streikleitung.

Streik in den Färbereien und Waschanstalten.

Gestern nachmittag tagte im Schweizergarten eine sehr zahlreich besuchte Versammlung der Arbeiter der chemischen Färbereien und Waschanstalten, die vom Zentralverband deutscher Textilarbeiter einberufen war. Der Bezirksleiter Kofke erstattete Bericht über die Streiklage. Die Beweggründe für den Streik seien in der Öffentlichkeit fast unbekannt. Der Verband habe im Januar d. J. einen Tarifvertrag mit nur geringen Sätzen abgeschlossen. Vor einigen Wochen seien die Arbeiter infolge der allgemeinen Preissteigerung gezwungen gewesen, neue Tariffsätze zu beantragen. Sie verlangten für qualifizierte Arbeiter einen Wochenlohn von 161 M., für minderqualifizierte und solche, die unter zwei Jahren in der Branche tätig sind, 138 M., für Jugendliche 60 bis 78 M. Im Verlauf der Bewegung sei es zu Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss gekommen. Es sei dort sowohl ein Vergleich zustande gekommen, wie auch ein Schiedsspruch gefällt worden. Nach diesem Schiedsspruch werde den Arbeitern eine Lohnerhöhung von 50 Proz. zugesprochen. Die Berliner Arbeiterkammer habe den Schiedsspruch als nicht genügend abgelehnt, während die Cöpenicker (Sindler) den Spruch angenommen haben. Die Arbeitgeber schickten in diesem den Schiedsspruch rundweg ab. Gestern nachmittag hätten Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern stattgefunden. Das äußerste Zugeständnis der Arbeitgeber am Schluß der Verhandlungen sei eine Aufbesserung von 33 1/2 Proz. gewesen. In der Debatte wurde übereinstimmend betont, daß der Schiedsspruch das alleräußerste Entgegenkommen von Seiten der Arbeiter darstellen könne. Eine große Anzahl der Teilnehmer bezeichnet selbst die im Schiedsspruch festgelegten Sätze als durchaus ungenügend. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Färbereien und Waschanstalten im Fall einer Fortdauer des Streiks unermesslichen Schaden dadurch erleiden, daß sehr teure Waren eingeweicht liegen und verderben, sofern sie nicht weiter behandelt werden. Die Versammlung war der Ansicht, daß man das Angebot der Unternehmer ablehnen müsse und unter keinen Umständen zu geringeren Bedingungen, als den im Schiedsspruch festgelegten, die Arbeit wieder aufnehmen könne.

Zum Tarifvertrag der Gasarbeiter. Zu unserem Bericht über die Versammlung der Gasarbeiter in der Montagmorgenausgabe teilt uns der Referent über den abgelaufenen Tarifvertrag mit, daß die Löhne betragen sollen für alle Arbeiter 2,90 M., für Handwerker 3 M. Alle Sechsstunden-Schichtarbeiter sollen denselben Lohn erhalten, wie die Arbeiter in 8 Stunden. Für planmäßige Nacharbeit soll ein Zuschlag von 25 Proz., für Sonntagsarbeit ein solcher von 50 Proz. gezahlt werden.

In der Mitgliederversammlung des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-GH-Arbeiter und Arbeiterinnen erstattete der Vorsitzende Glotz zunächst Bericht vom Gewerkschaftskongress. Nachdem in der Diskussion Kraas die Politik der Generalkommission beurteilt, fand gegen einige Stimmen eine Resolution Annahme, die die Politik der Generalkommission während des Krieges verurteilt und die Arbeitsgemeinschaften als nicht im Interesse der Arbeiterklasse liegend ablehnt.

Da am 31. August das Lohnabkommen mit den Prinzipalen abläuft, stimmt die Versammlung den neuen Forderungen zu. Ueber die Gründung eines Unterhaltungsvereins referierte der Kassierer Baumgarten. Nach längerer Diskussion wurde der Vorschlag des Vorstandes wegen der festzusetzenden Beiträge an diesen zurückgewiesen. Die weiteren Tagesordnungspunkte mußten der vorgeschrittenen Zeit wegen vertagt werden.

Versammlung der Postangestellten.

In einer sehr gut besuchten Versammlung der Angestellten bei der Postverwaltung in der Aula der Chamisso-Schule in Schöneberg sprach Genosse O. T. K. Gronefeld über die wirtschaftlichen und politischen Forderungen der Postbeamten. In treffenden Worten führte er den Zuhörern vor Augen, was gerade die Sozialdemokratie für die Beamenschaft getan hat und in Zukunft für sie zu tun gedenkt. Dringend ermahnte er die Versammelten zur treuen Mitarbeit am Aufbau der neuen Republik und wies seine Ausführungen mit dem alten sozialistischen Wahlspruch: „Die Arbeit ist der Preis, auf dem die Kirche des Zukunftsstaates gebaut wird.“ Stürmischer Beifall belohnte seine Worte, und neue Mitglieder wurden der Partei zugeweiht.

Aus aller Welt.

Schwerer Unfall in Chemnitz.

Von einem in der Brauerei an der Altonstraße in Chemnitz aufgestellten Geschütz löste sich heute früh ein scharfer Schuß, durch den ein Zivilist und drei Soldaten getötet wurden. Die Untersuchung ist sofort eingeleitet worden.

Genauigk. für den redaktion. Teil; Alfred Scholz, Redaktions für Anzeigen: Eduard Glöck, Berlin Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Hermanns-Verlag und Verlagsanstalt Carl Ziemer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 3, Dienstag 1. September.



Weinbrand Cognac

Marke

„Goldstück“

Jacob Stück Nachfolger Hanau 4/11

Cognacbranntereien

Parteifunktionäre, Betriebsvertrauensleute, Arbeiterratsmitglieder!

Versammlung heute, Dienstag, nachmittags 5 Uhr pünktlich, im „Deutschen Hof“, Luckauer Straße 15. Das Erscheinen aller Genossen ist zwingende Notwendigkeit. Eintritt nur gegen Vorzeigung der Legitimationskarte und des Wahlvereinsbuches. Der Bezirksvorstand. Der Fraktionsvorstand der Arbeiterräte.

Renaudel.

In Pierre Renaudel besitzt die jehige Minderheit der französischen Sozialistenpartei einen hervorragenden Führer, und die zweite Internationale eine ihrer stärksten Persönlichkeiten, von einer Arbeitskraft, einer Energie, einer Gewandtheit und einer Beredsamkeit, die an diese selben Eigenschaften des unbergelichen Jaurès erinnern. Doch kann dieser Vergleich über jene bei Renaudel vorhandenen Eigenschaften hinaus nicht geführt werden. Denn auch der Nagel an gewissen Charakterzügen, die der große Märtyrer in so hervorragendem Maße besaß, wie Objektivität und Bescheidenheit, kam bei Renaudel sowohl in den Lugerner Kommissionsberatungen wie auch in den Plenarsitzungen, namentlich bei der großen Rede, die er in der Schlussitzung als Referent der politischen Kommission über den Friedensvertrag und die Intervention in Rußland hielt, sehr deutlich zum Vorschein. Der Arbeitskraft, die Renaudel bei Tag und bei Nacht bewies, der Energie und der Gewandtheit, mit der er seinen Standpunkt in den Fragen der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft vertrat, der seit Jaurès kaum dagewesenen rhetorischen Kunst, von der seine Reden zeugten, alle Ehre! Aber wir deutschen Reichheitssozialisten empfanden nicht minder die etwas unvornehme Art, die einen wesentlichen Teil seines Referats charakterisierte.

Wir streiten natürlich niemandem das Recht ab, über Kriegszusagen und Kriegsschuld einer anderen Ansicht zu sein als wir. Wir sind uns sogar dessen bewußt, daß wir sozusagen gegen die Meinung der ganzen Welt kämpfen, auch wenn wir behaupten, daß wir nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt haben. Und wenn Renaudel gegenüber Reich Adler eine Parallele zwischen den Kreditbewilligern der Entente-sozialisten, also zwischen ihm selbst, und den identisch handelnden deutschen Sozialdemokraten mit Entzückung zurückwies, so mag er auch hierin, trotz aller Lehren von Versailles, aufrichtig sein. Aber die Unaufrichtigkeit, die er beging, waren anderer Art. Er wählte, daß die Prüfung der Schuldfrage bereits in Bern auf den im Februar 1920 stattgefundenen Kongress vertagt worden war, er wählte es so gut, daß er dies selbst am Anfang seiner Rede erwähnte.

Und dennoch, als er im weiteren Verlauf seiner Ausführungen auf den Frieden zu sprechen kam, unternahm er es, dieses Dokument des zynisch-rationalistischen Imperialismus teilweise zu rektifizieren. Er hatte schon wiederholt in der Kommission betont, man dürfe sich nicht bei der Beurteilung des Vertrages auf eine rein negative Muchpolitik beschränken, man müsse das Positive an ihm ebenfalls hervorheben und dessen Ungerechtigkeiten und Fehler vor allem deshalb brandmarken, um Verbesserungen durch eine Revision herbeizuführen. Eine Realpolitik, die die deutsche Reichheitssozialistische Delegation ausdrücklich unterstützte. Im Plenum aber, als nun seine Worte nicht mehr allein für die versammelten Führer der Internationale, sondern für die Öffentlichkeit der ganzen Welt bestimmt waren, verwandelte sich diese realpolitische Taktik in einen Rechtfertigungsversuch um so übler Art, als er ja als Referent der

Kommission sprach und außerdem dem Urteil des kommenden Genfer Kongresses vorgriff. Man dürfe, sagte er etwa, keine reine Negationspolitik üben, sondern auch das Gute betonen, das der Frieden bringe: es sei der Frieden, der den angegriffenen Völkern die gerechten Wiedergutmachungen von Seiten der Angreifer verschaffe.

Wie gesagt, es mag sein, daß Renaudel damit seine innerste Überzeugung aussprach; es mag sogar sein, daß ihm die weitere Entwicklung der Schulddebatten und das abschließende Urteil des Genfer Kongresses mehr recht geben werden, als wir es noch heute glauben — jedenfalls aber dürfte er, zumal als Sprachrohr einer Kommission, in der nur der bereits abgereifte Banderwelle einen ähnlichen Standpunkt vertreten hatte, diese Wendung nicht gebrauchen. In der ersten Kommissionsitzung hatte übrigens Renaudel, nach Banderwelle, die Notwendigkeit einer endgültigen Klärung der Schuldfrage hervorgehoben und dabei auf den Vorschlag eines internationalen sozialistischen Untersuchungsausschusses zustimmend angespielt, der, wie er sagte, in einem deutschen sozialdemokratischen Blatt gemacht worden war und von dem er kurz in der französischen Presse gelesen hatte. Es handelte sich um die Anregung, die ich, gleich nach der Unterzeichnung in Versailles, im „Vorwärts“ gemacht hatte. Damit hatte Renaudel selbst also nur bewiesen, daß wir, nicht minder als er, die Wahrheit über diese kapitalistische Frage ebenfalls erkennen. Wie ist es aber möglich, zum einzig erstrebten Ziel, zu der Wahrheit zu gelangen, wenn man mit derart vorgefaßten Meinungen ans Werk geht und seinem Ergebnis gewalttätig und nicht besonders vornehm vorzugreifen sucht, wie es Renaudel tat?

Wandte er ander, was Renaudel zugunsten des Vertrages, also letzten Endes zugunsten der Entente-regierungen, sagte und womit er die ihm als Kommissionsberichterhalter aufgetragene Beurteilung wesentlich neutralisierte, hätte einer Polemik kaum standgehalten. Die eigene Kreditbewilligung, erklärte er, sei eine Pflicht gegenüber der Menschheit gewesen, um den preussischen Militarismus zu erschmettern, die Voraussetzung für eine nachträgliche Nichtanerkennung des eigenen Militarismus. Womit er wohl sagen wollte, daß unsere Kreditbewilligung ein Verrat an der Menschheit war. Über die Stichhaltigkeit dieser Theorie wäre ein Streiten müßig, und über die Vorgänge des Ententemilitarismus gegenüber dem deutschen würde wohl die Woodrow Wilsons, deren Befreiung Renaudel naturgemäß als ein Ergebnis des Friedens pries, aus eigener Erfahrung ein Ururteil abgeben können. Wenn aber Renaudel auch die Wiederherstellung des unabhängigen Polens auf das aktive Konto des Friedens, also der eigenen Haltung während des Krieges setzte, so müßte er doch daran erinnert werden, daß diese Kreditbewilligung ursprünglich auch, aber gar in erster Linie dem Baron Nikolous diente. Die Wiederherstellung Polens ist nicht zumindest das — wenn auch unbeabsichtigte — Wert Hindenburgs und seiner Truppen. Nicht gerne erinnern wir daran, sondern nur weil die halben und viertel Wahrheiten Renaudels, der mit sich so sehr und mit uns so wenig zufrieden ist, uns dazu zwingen. Wo wäre die russische Revolution, wo wäre das unabhängige Polen, wo wären die übrigen

angeblich dank des Versailler Friedens befreiten russischen Völker, wenn die deutschen Reichheitssozialisten, nach dem Rat ihrer französischen Genossen, durch Kreditüberweigerung den Krieg sabotiert hätten?

Ein französischer Reichstheoretiker, zu dem ich meine Bewunderung für die rhetorische Leistung Renaudels aussprach, wollte nicht einmal das zugeben. Er war über diese Rede außerst empört und sagte mir: „Der langen Rede kurzer Sinn ist: ich, Renaudel, trete demnach mit meinen Gefinnungsfreunden, Sembat und Thomas, in das kommende Ministerium Briand ein. Diese Lugerner Rede war nur eine vorbereitende Aktion für persönliche Ambitionen.“ Auch sprach sich derselbe Anhänger Bonquets über unsere Kriegspolitik mit einer Objektivität aus, die ich nicht allein Renaudel und Banderwelle, sondern auch mandem unserer Unabhängigen wünschte. „Ich persönlich“, sagte er, „war Segner einer jeden Kreditbewilligung. Da sie aber schon erfolgte, so hätte ich unseren französischen Sozialisten eine so entschiedene und tapfere Haltung gewünscht wie Ihrer Reichstagsfraktion am 4. August.“

Der so zu mir sprach, war ein bekannter französischer Sozialist, den ich nur mit Rücksicht auf die noch unerminderte fortwährende Deutschen- und Sozialistenhete in Frankreich nicht nennen will. Aber es ist klar: unmittelbar nach der Rede Renaudels bildeten diese und ähnliche Worte eine große Genugtuung für die deutsche Sozialdemokratie. Victor Schiff.

Groß-Berlin

Zwangmaßnahmen gegen die Wohnungsnot.

In den nächsten Tagen erscheint der Aufruf des Berliner Magistrats an die Inhaber größerer Wohnungen, die in der Lage sind, einen oder mehrere Räume an Wohnungslose zur Verfügung zu stellen. Sollten auf den Aufruf hin sich nicht genügend Wohnungsinhaber melden, so ist mit Zwangsmaßnahmen zu rechnen. Hierzu wird uns mitgeteilt:

Das Wohnungsamt der Stadt Berlin ist seit Wochen bemüht, möglichst viele Wohnräume frei zu machen. In den letzten vierzehn Tagen wurden 200 freigeordnete Wohnungen angemeldet, 2000 dagegen verlangt. Vor allen Dingen war die Behörde bemüht, die zahllosen Kriegsgesellschaften zu veranlassen, sofort ihre Räumlichkeiten frei zu machen. Das Wohnungsamt steht auf dem Standpunkt, daß man die Kriegsgesellschaften, wenn sie einmal noch notwendig sind, in Baracken verlegen könnte. Schätzungsweise haben sie in Berlin nicht weniger als 60 Wohnhäuser inne und verfügen über etwa 3000 Räume. Das Wohnungsamt hat mit allen möglichen Mitteln versucht, die Kriegsgesellschaften zur Freigabe ihrer Räume zu veranlassen. Bisher standen dem Amt leider nicht erforderliche Maßnahmen zur Verfügung, da in jedem Einzelfall die Entscheidung des Reichskommissars für das Wohnungswesen anrufen werden müßte. So ist es in dem Verlauf der letzten vier Wochen nicht möglich gewesen, den Kriegsgesellschaften mehr als 840 Räume abzunehmen. Noch schlimmer liegen die Verhältnisse in Charlottenburg, wo die Kriegsgesellschaften noch erheblich dichter gesät sind, als in

Erleuchtung.

Roman von Henri Barbusse. Übersetzt von Max Hochdorf.

Die übrigen gelangen endlich zum Gipfel des Hügelgeländes. Gerade in diesem Augenblicke schreit unser Leutnant mit heller und durchdringender Stimme: „Lebt wohl, Ihr Leute von meiner Kompagnie!“ Man sieht, wie er hinsinkt und von den Lebenden fortgetragen wird, die sich um ihn sammeln.

Wir haben den Gipfel erreicht, wir steigen auf dem entgegengekehrten Hange wieder hinunter, und wir legen uns auf der Stille des Erdbodens nieder.

Nemand fragt: „Und der Leutnant?“

Antwort: „Er ist tot!“

„Ach“, sagt ein Soldat: „Wie er uns Lebendwohl gesagt hat!“

Man atmet ein wenig auf. Man denkt nicht mehr nach. Man denkt nur noch, daß man gerettet ist und daß man endlich eine Weile ausruhen darf.

Leuchtraketen steigen auf. Das Gelände, das wir unter uns haben, soll ausgeleuchtet werden. Einige unter uns sind neugierig genug, um auch einen Blick nach rückwärts zu wagen. Auf der Höhe des ersten Hügel, dort, wo unsere Kanonen gestanden hatten, enthüllen die großen leuchtenden Scheinwerferlichter eine Menschenlinie, die sich noch in Bewegung befindet. Man hört ein Geräusch von Säden und Beilen und Schlägelhieben.

Die Feinde haben ihren Vormarsch gehemmt. Sie sammeln sich dort oben. Jetzt werfen sie ihre Schützengräben auf. Jetzt ziehen sie ihre Drahtverhau, und die müssen wir eines Tages wieder nehmen. Wir sehen dem zu, indem wir auf dem Bunde ausgestreckt daliegen oder auf den Knien lauern, und leer sehen die Hinten an unserer Seite.

Margat grübelt, er zuckt mit den Achseln und sagt dann: „Ein Drahtverhau hätte sie zurückhalten können, aber wir haben keinen Drahtverhau.“

„Und Maschinengewehre, haben wir die denn? Wo waren unsere Maschinengewehre?“

Alle haben den klaren Eindruck, daß unser Oberkommando einen ungeheuren Fehler begangen hat. Mangel an Voraussicht: Die Verstärkungen waren nicht rechtzeitig angekommen, man hatte an keinerlei Verstärkungen gedacht, es waren nicht genügend Kanonen vorhanden, um den Durchmarsch der Feinde aufzuhalten, und auch nicht genug Artilleriemunition. Wir hatten mit eigenen Augen gesehen, wie die beiden Geschütze mitten in voller Tätigkeit hatten aufhören müssen. Man hatte nicht an die Granaten gedacht. So weit das

Auge blicken konnte, gab es in dem ganzen Gelände keine Verteidigungsarbeiten und keine Schützengräben. Man hatte nicht an die Schützengräben gedacht. Das war sichtbar, selbst für die schlächtesten Augen eines schlächtesten Soldaten.

Einer von uns sagte: „Was soll man da tun? Das ist die Schuld des Vorgesetzten!“

Man sagte es, man würde es wiederholen, wenn man nicht durch das Vorwärtsdrängen eines neuen Aufbruches wieder emporgerissen und fortgetragen würde. Und derart wurden wir zu neuen Gedanken hingeschleudert, die noch bedeutsamer in unsere Nähe rückten.

Man weiß nicht, wo man ist.

Während der ganzen Nacht marschieren wir. Die Ermüdung, die auf unseren Knochen lastet, wird noch schwerer. Die Finsternis, die in unseren Köpfen saust, wird noch finsterner. Wir sind einer Talbuchung nachgegangen. Wir stoßen auf Schützengräben und dann auf Kameraden. Das Begegnen des Grabens, das durcheinanderläuft und auseinanderläuft, ergießt sich in erweiterte Straßenschluchten, die von wilder Bewegung erfüllt werden. Auf den Grabenstrassen liegen die vollgestopften plahenden Erdbälle und das innere Gerüst und Gestänge, das in Jählnis übergegangen ist, wie abgestorbene Glieder. Dort liegen auch die Kommando-unterstände oder die Unterstände für die Verdunneten. Gegen Mitternacht bemerken wir in der goldig blinkenden Dämmung einer halb offenen Unterstandstür Offiziere, die vor einem weißen Tisch sitzen. Ein Lichtschalter oder eine Karte liegt darauf. Ein Schrei: „Die haben Glück!“ Die Offiziere von der Kompagnie sehen sich der Gefahr ebenso aus wie wir selber, aber sie sind nur bei den Angriffen und bei den Abzügen bedroht. Wir, wir leiden all die lange Zeit über. Die Offiziere brauchen nicht am Fernrohr zu wachen. Sie brauchen auch nicht den Kornzylinder zu tragen, sie brauchen auch nicht hinter der Front zu schalten. Alles aber, was lange dauert, wird größer und gefährlicher.

Dann beginnen wieder die Mauern mit den ausgewaschenen Steinen und die eingefallenen Keller. Der Morgen erhebt sich, er ist der Ereignis voll, eben wie unser Schicksal. Wir erreichen einen Platz, auf dem es von Menschen wimmelt. Ein böser Dunst greift mich an der Kehle. Jemanden Graben, vielleicht, in dem die abschüssigen Strahlen ihren Rot ergießen, nein, man sieht Lotenbahnen, die nebeneinander aufgestellt sind. Aber sie sind lebendig, obwohl jede von ihnen mit der ausgeformten Gestalt eines Toten belastet ist. Jemandem flattert und klatscht ein graues Zeltbad wie eine Fahne und die Dämmerung enthüllt auf diesem umflatterten Mauerwerk ein Kreuz, das im Blutscheine dazustehen scheint.

Manchmal bemerke ich von meiner Höhe, aus der sich das Auge herausdrückt, gezirkelte Linien, die sich in die Weite hinzühen. Die sind so dünn, sie laufen so verwalft,

durch den Raum, daß ich nicht weiß, sehe ich unser Land, oder sehe ich ein anderes Land. Selbst wenn man leibhaftig sieht, weiß man noch nicht, was man sieht. Der Blick ruht sich ab, indem er blickt. Man sieht nicht, man ist unsäglich, das Weltall mit Leben zu bevölkern. Alle Menschen, die wir auf der Erde sind, wir haben als Gemeinsames nur unsere Augen, die unnebel sind vom Abend, und unsere Seele, die umschattet ist von Nacht.

Und immer weiter, immer weiter marschieren die Verletzungen der Soldatenreihen. Sie marschieren ohne Ende, einer wird nachgeschleppt von dem anderen. Sie marschieren durch die Schützengräben, von deren Wänden es feucht herunterrieselt. Sie marschieren durch die Wellen des Chlorgasnebel und des Schwefels. Sie marschieren so schnell wie sie können, als wenn das Mauerwerk sich über ihnen zusammenzuschließen wollte. Sie gehen gebückt, als wenn sie ewig nur hinaufklettern müßten. Sie sind ganz finster unter den ungeheuren Kornzylindern, die sie ohne Aufhör — gleich höllischen Tornsternern — von einem Ort zum anderen schleppen. Immer wieder füllen wir den Platz der Massen aus, die dort eingeschleudert wurden oder vorüberwehten wie ein Wind oder nur wie Erdbümmeln am Boden liegen blieben. An einer Grabendüchung machen wir Halt. Wir lehnen uns an die Wände und stützen den Kornzylinder auf die hervorspringenden Erhöhungen. Aber wir betasten die Dinge, die aus der Erde hervorstechen, und wir klüften, daß es knie, menschliche Knie, Ellbogen und Köpfe sind. Eines Tages ist alles das dort begraben worden. Dann haben die Tage, die danach kamen, langsam alles wieder an das Licht gebracht. An der Stelle, wo ich mich gerade befinde und von der ich jetzt plötzlich und schwerfällig mit meiner ganzen ehernen Last zurückpralle, ragt ein Fuß aus dem Boden. Wir versuchen, den Fuß zu entfernen. Er ist ganz hart mit dem Erdboden verwachsen. Um den Fuß fortzulieben, müßte man den Leinwand zerbrechen, der zu Stahl geworden ist. Ich beirachte dieses Stück des Todes. Meine Gedanken werden rettungslos durch diesen hingestreckten Körper angezogen, unter dem das Erdreich zermalmt wird. Der Tod dringt in den Erdboden ein zugleich mit dem Körper, und er schafft dem Toten eine neue Gestalt. Sein Gesicht — welcher Abglanz des Lebendigen verweist und verweist dort — im Grunde der Erdenfinsternis und auf der Oberfläche dieser sterblichen Hülle! Ach, jetzt sieht man, was im Grunde der Schlachtfelder vor sich geht! Überall in diesem geräumigen Wandwerk Menschenglieder. Das erstarrte und todbedeckte Restlein von menschlichen Bewegungen! Das ist wie ein riesiger Gestaltenauftrieb, das ist wie eine eifige Gestalteneinbüdung, die sich da über unseren Augen ausbreiten. Ja, dorten tritt man ja in die Hölle hinein. Ja, dorten dringt man ja hinein in das Eingeweide der Erde.

(Fortl. folgt.)

Berlin. Leider wissen sich die genannten Gesellschaften einem Zwang in der Regel dadurch zu entziehen, daß sie sich zwar offiziell als Kriegsgesellschaften ausgeben, sofort aber als private Handelsgesellschaften wieder auflösen. — Auch die Verhandlungen mit dem Kriegsministerium lassen sehr viel zu wünschen übrig. Das Wohnungsgesetz hat durch Beamte feststellen lassen, daß in den Kasernen eine ungeheure Raumverwendung getrieben wird. In Stuben, in denen früher 30 Mann schliefen, wohnen jetzt 4 bis 5 Soldaten. Das Wohnungsgesetz hat sich an das Kriegsministerium gewandt, um Mängel in Kasernen sowohl für Kriegsgesellschaften als auch für Wohnungsgesellschaften zu erheben. Diese Bitte ist aus militärischen Gründen abschlägig beschieden worden.

Man will nun daran gehen, in einzelnen Häusern vorhandene Wohnmängel nach Kräften auszumachen. Wände und trockene Bodenböden usw. sollen mit Kalkwänden verkleidet werden, um Unterstände zu schaffen. Sollte es zu einer Zwangseinkaufsverordnung, wie sie geplant wird, kommen, will man den Wohnungsinhabern nach Möglichkeit entgegenkommen. Der Magistrat will sich hier in der Hauptsache auf das Einkaufsgesetz stützen, doch sind die Beratungen über diesen Punkt noch nicht abgeschlossen.

Das Gemüse wird billiger.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat die Erzeugerhöchstpreise für Weißkohl, Rotkohl, Wirsingkohl, Grünkohl, von Mören, gelbe Mören, weiße Mören und Zwiebeln neu festgesetzt. Seit einiger Zeit war es infolge der günstigen Gemüsepreise nur noch schwer möglich, auf den Großmärkten die reichlich angebotenen Gemüsemengen, namentlich in Weißkohl und Mören, zu den bisherigen Preisen mit der wünschenswerten Schnelligkeit abzusetzen. Um zu verhindern, daß die leicht verderbliche Ware liegen bleibt und für die Volksernährung verloren geht, hat die Reichsstelle die Erzeugerhöchstpreise jetzt gesenkt.

Keine Wucherpreise?

Aus der Eisenbahn-Hauptwerkstätte Berlin II meldet ein Arbeiter, daß dort durch Anschlag bekanntgegeben worden ist, auf Bestellung sei Zucker zu 8,50 bis 4,00 M. zu haben. Er knüpft daran die Bemerkung, daß solche Angebote gewiß nicht dazu beitragen, den Schleichhandel zu unterbinden und die Lebensmittelpreise herabzubringen. Bei der Kleinverteilung des Betriebes der Eisenbahnverwaltung sei zu vermuten, daß durch diese als Schleichhandel anzusehenden Sonderverkäufe sehr bedeutende Mengen Zucker der allgemeinen Verteilung entzogen werden. Leider zwingt die Dürftigkeit der Zuckerlieferung auf Kartons viele Kollegen, sich zu so unverhältnismäßig hohen Preisen etwas Einmachzucker zu verschaffen. Es sei dringend nötig, den „Hintertürken“-Verkäufen ein Ende zu machen, damit mehr Ware für die allgemeine Verteilung verfügbar wird und sie zu erträglichen Preisen gekauft werden kann. Der Eisenbahnwerksrat erwägt, daß Minister Deder gegenüber der Arbeiterorganisation, die Löhne zu erhöhen, auf den Vorteil der angeblich billigen Sonderlieferungen von Lebensmitteln hingewiesen hat. Tatsächlich werde aber durch Preise, wie es der oben mitgeteilte ist, der „Vorteil“ so weit verringert, daß ein Verzicht auf Lohnerhöhungen nicht möglich sei. Daß die Eisenbahnverwaltung nicht die einzige Verhörde ist, die solche kraußartigen Lebensmittellieferungen duldet und fördert, wissen unsere Leser aus wiederholten Feststellungen im „Vorwärts“.

Steinkohlen im Ueberfluß.

Alle Welt jammert und klagt über die Kohlennot, die, wenn es nicht gelänge, die Grubenarbeiter und -Magazinen, sowie die Arbeiter der Lokomotiv- und Eisenbahnwagen-Werksstätten eines Vesperen zu befechten, katastrophale Wirkung haben könnten. Nur die Kohlen-schieber, dazu — die schauerreichen Kohlenhämmer, die werden weder Not noch Sorge erschauern. Ein und wieder offenbart so einer doch sein Geheimnis, sei es auch auf dumme prozige Weise. In der Inzeratenplattage der „Boschischen“ stand neulich folgende Anzeige:

Volle Pension

suche ich f. m. Tochter (Studienjahr, in Berlin) u. l. Odt. ab m. Fam.-Anschl. in musik. guter Familie. Biete monatlich 5 Ztr. Steinkohlen gratis u. Zusatz an Lebensmitteln. Off. erb. u. 5633 Hülshaus, Berlin SW. 68.

„Monatlich fünf Zentner Steinkohlen gratis und Zusatz an Lebensmitteln“ noch über den jedenfalls horrenden Preis für „volle Pension“ hinaus! Da ist das Leben trotz alles Menschenleids schon noch lebenswert.

Die sozialdemokratischen Lehrer zum Schulkompromiß.

Die Ortsgruppe Groß-Berlin der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer nahm in einer außergewöhnlich stark besuchten Sitzung am 23. August zum Schulkompromiß in der Verfassung Stellung. Nach einem ausführlichen Referat des Unterstaatssekretärs Genossen Heinrich Schulz und einem Korreferat des Genossen Eder-Nagel folgte eine lebhaft und ausgedehnte Diskussion, an deren Schluß mit allen gegen vier Stimmen die nachstehende Resolution angenommen wurde:

Die Ortsgruppe Groß-Berlin der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer bedauert, daß die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung dem Schulkompromiß zustimmen gezwungen war. Sie anerkennt aber die Gründe, die zu dieser Notwendigkeit führten; sie stellt sie vornehmlich in der schwierigen politischen Lage Deutschlands beim Friedensschluß, ferner in der Zersplitterung der sozialdemokratischen Parteien und endlich in der ablehnenden Haltung der Demokraten gegenüber der weltlichen Schule. Die Versammlung stellt fest, daß durch das Schulkompromiß die weltliche Schule gleichberechtigt neben die bisherigen Schulformen gestellt worden ist. Sie fordert alle Kollegen, die auf dem Boden der weltlichen Schule stehen, besonders alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft auf, als wichtigste Aufgabe der nächsten praktischen Arbeit die Aufklärung der Erziehungsberechtigten über Wesen und Nutzen der weltlichen Schule zu betrachten und für sie die Herzen der Lehrer und Eltern zu erwärmen.

Rätselhafter Tod eines Oberleutnants.

Der rätselhafte Tod eines Oberleutnants v. Plüskow, der in Potsdam in der Kaserne des 1. Garde-Regiments erdroffelt aufgefunden wurde, beschäftigt die dortige Kriminalpolizei. Das Kriegsgericht, das die notwendigen Erhebungen zu führen hatte, ließ sich veranlassen, erfahrene Kriminalisten hinzuzuziehen. Viele Umstände deuten darauf hin, daß ein Mord vorliegt. Der Tote war viermal gefesselt. Die Hände waren auf dem Rücken mit einem Riemen, die Oberarme mit einem Lederband, die Arme mit einem Säckelgoppel und die Hüfte mit einem Kordelriemen umspannt. Plüskow trug ein langes weißes Korsett und lange weiße Hosenhülsen.

Inzwischen ist festgestellt worden, daß morgens gegen 8 Uhr ein junger Mann, der einen Schlapphut und grauen Anzug trug, sich an der Wohnung Plüskows zu schaffen machte. Die Tür zum Schlafzimmer des Offiziers war verschlossen und ebenso war die Tür, welche von dem nebenan gelegenen Cabaret zum Korridor ging, von innen verriegelt. Der Unbekannte hat zuerst versucht, die Badzimmertür zu öffnen und stieß dann, als er sie verschlossen fand, an der Eingangstür zum Schlafz. Er entfernte sich schließlich, wobei Soldaten beobachteten, daß der Fremde sich mehrmals umfah. Mittags zwischen 1 und 2 Uhr erlitten an der Wohnung Plüskows wieder ein Mann, der etwa 1,80 Meter groß war, eine braune Weste trug und kein Jackett anhatte. Die Kermel seines grünen Hemdes waren bis zum Ellenbogen auf-

gestrempelt. Die beiden Männer waren keinem der in der Nähe befindlichen Soldaten bekannt, man weiß auch nicht, was die Zivilpersonen in der Kaserne zu tun hatten.

Gegen die Annahme, daß hier ein Mord vorliegt, spricht allerdings der Umstand, daß die Polizei beide zur Wohnung Plüskows führende Türen von innen verschlossen und verriegelt aufgefunden hat. Die Fenster im Schlafzimmer und in der Badstube waren ordnungsgemäß geschlossen. Es erscheint deshalb kaum möglich, daß etwa jemand von außen in den ersten Stockwerk gelegene Wohnung betreten haben kann. Wiederrum fehlt für einen Selbstmord vorläufig noch jeder Anhalt. Plüskow soll sich in durchaus geordneten Verhältnissen befinden haben und noch kurz vorher mit Bekannten über zukünftige Pläne gesprochen haben. Die Potsdamer Polizei, die hier vor einem Mord steht, ist bemüht, die beiden unbekannt Männer, die sich in verdächtiger Weise auf dem Korridor der Kaserne zu schaffen machten, aufzufinden.

Der Polizeirevisor. Western wurden zwei Arbeiter, Paul Niesel und Wilhelm Vordard, an der Kurruer, Ede-Limburger Straße, von dem hier stationierten Polizeiwachmeister Thiere dabei betroffen, wie sie von einem zweispännigen Waagen zwei Kisten mit Militärfeldern an Unbekannte verschoben wollten. Da sie auf wiederholten Anruf nicht hielten, sondern auf die Forderungen einschlugen, schloß Thiere auf sie, wobei beide Personen in den Oberschenkeln durch Schüsse Fleischwunden erlitten. Beide Verwundete wurden als Polizeigefangene der Charité zugeführt.

„Reliquien“ aus der Kaiser- und Königszeit werden uns noch von verschiedenen Seiten gemeldet. Unter Bezugnahme auf unsere Mitteilung in Nr. 425, daß ein Schwargendorfer Ortschaftlichen noch von „Kaiserlichen“ Postämtern spricht, nennt man uns das Seitenstück, daß in der letzten Ausgabe des von der Oberpostdirektion Berlin herausgegebenen Telefonbuches noch ein „Kaiserliches“ Aufsichtsamts für Privatversicherung verzeichnet ist. Wer Zeit und Lust hat, das Telefonbuch daraufhin genau durchzugehen, wird in ihm noch mehr „Kaiserliches“ finden, aber uns wolle man, bitte, die Aufzählung ersparen. Ein anderer Leser übersendet uns den von einer Postabteilung abgetrennten Einlieferungsschein, auf dem im Vordruck als Kontoinhaber die „Königliche“ Polizeikasse Berlin-Lichtenberg genannt wird.

Eine Viehzählung findet am 1. September im Deutschen Reich statt. Sie erfaßt sich auf Pferde (ohne Militärpferde), Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen und Federvieh (Gänse, Enten und Hühner) und wird auf die Verwendungsort der Pferde und die Zahl der Rastställe und Futterstellen, sowie der Rindviehställe ausgedehnt. In Preußen werden wie bisher auch die Zucht- und Verkaufsstellen gezählt. Die Durchführung der Zählung liegt in Berlin dem Waalstr. und dem Polizeipräsidium ob. Die Zählung erfolgt durch Beamte der Schatzmännlichkeit. Falls ein Zähler nicht erscheinen sollte, ist mündliche Anzeige des Viehbestandes in der Zweigstelle des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, Poststraße 5 II, bis zum 3. September zu erhalten. Wer vorläufig eine Anzeige nicht erstattet oder wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. bestraft. Auch Jann Web. dessen Vorhandensein veranschlagt worden ist, im Urteil als für „dem Staate verfallen“ erklärt werden.

Sonderzuweisungen von Stoffen waren den Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen, Kriegsgefangenen, auch Beamten, kinderreichen Familien usw. in Aussicht gestellt worden. Sie sollten auf Grund eines von der Gemeinde ausgefertigten Berechtigungscheins erhältlich sein. Vom Berliner Magistrat wird jetzt diese Nachricht dahin berichtet, daß bisher die Stadt Berlin weder Stoffe noch Sonderzuweisungen von Bekleidungsgegenständen auf Grund der neuen Richtlinien der Reichsbekleidungsstelle oder aus anderen Umständen zugegangen sind. Berechtigungscheine zum Bezüge von Kommunalware aus den bisher zugegangenen Zuweisungen der Reichsbekleidungsstelle für die minderbemittelte Bevölkerung stellen noch immer die zuständigen Anfertigungsstellen für Bezugscheine aus. Nach Erledigung der noch hängenden Fragen über die Zuteilung von Stoffen für die minderbemittelte Bevölkerung und die Möglichkeit der Ausstellung der hierzu erforderlichen Berechtigungscheine wird das Erforderliche öffentlich bekannt gemacht werden.

Die Ständige Ausstellung für Arbeiterwohl in Charlottenburg, die während des Krieges geschlossen war, soll wieder eröffnet werden, und zwar möglichst bis Ende dieses Jahres. Es ist auch beabsichtigt, die Ausstellung in Zukunft noch mehr als bisher für den Arbeiterstand nutzbar zu machen. Zu dem Zwecke soll die bereits eingerichtete Ausstellung über Vorkehrungen zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter und über die Arbeiterfürsorgeeinrichtungen zu einer zentralen Reichsausstellung ausgebaut werden. Weiter ist in Aussicht genommen, in der Ausstellung betriebliche Versuche über die Brauchbarkeit von Schutzvorkehrungen für bestimmte Zwecke anzustellen. An diesen Versuchen werden auch die Vertreter der Gewerkschaften oder der besonders in Frage kommenden Verbände beteiligt werden, damit sie auf Grund ihrer Erfahrungen ein Urteil über die Zweckmäßigkeit und Brauchbarkeit der Schutzvorkehrungen abgeben. Endlich werden in der Ausstellung Lehrgänge abgehalten werden, um die jüngeren Gewerbeaufsichtsbeamten und besonders auch die den Gewerbeaufsichtsbeamten zugewiesenen Hilfsbeamten aus dem Arbeiterstande sowie die Amtswörter für den technischen Aufschichtendienst der Berufsvereinigungen auszubilden. Man hofft, daß die geplanten Maßnahmen zu einer wesentlichen Besserung und Förderung des Ansehens führen werden.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Bezirk Charlottenburg, ab 26. August befindet sich die Ausstellung bei Ernst Schiller, Kirchstr. 28, Dienstags und Freitags 7-9 Uhr abends.

Aufbau und Werden. Heute abend 7 Uhr beginnt Professor Dr. Lensch in der Aula der 1. Gemeindefschule in Oberschöne-weide seinen Vortrag über „Weltrevolution und Sozialismus“. Vertrauensleute und Betriebsfunktionäre sind besonders eingeladen. Eintritt frei.

Stenographische Gesellschaft Stolze-Schrey. Anfängerlehrgang für Damen, Herren und Schüler beginnt Mittwoch, 3. September, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, in der Luisenstädtischen Oberrealschule, Dredener Str. 113. Unterrichtsstunden jeden Mittwoch, abends 7 $\frac{1}{2}$ -9 $\frac{1}{2}$. Nach beendeter Kursus weitere Ausbildung in Fortbildungs- und Diskursiven. Anmeldungen in der Schule oder bei Frau Kuerbach, Pulsen-Str. 11, 3 Tr.

Kadetten im Olympiastadion. Weiterfahrt von Berlin für Rieger, Entschuldigungsamt über 1200 Meter: 1. Müll 1 Min. 57 Sek., 2. Lorenz, 3. Tadmald, 4. Abraham, 5. Semme. — Jäger-Hausladern, 2000 Meter: 1. Lorenz, 2. Tadmald, 3. Min. 22 Sek., 2. Häuser-Abraham, 3. Semme-Tadmald, 4. Müll-Tadmald, 5. Gehr. Tieg. — Augustpreis, 25 Kilometer: 1. Krupat 24 Min. 3 Sek., 2. Bauer 30, 3. Banke 280, 4. Tadmald 260, 5. Krupat 240 Meter zurück. — Jäger-Hausladern, 16 Kunden: 1. Müll-Tadmald 8 Min. 34 Sek., 2. Lorenz-Tadmald, 3. Gehr. Tieg. 4. Häuser-Abraham, 5. Gehr. Tieg. — Großer Germaniapreis, 70 Kilometer: 1. Krupat 64 Min. 15 Sek., 2. Banke 890, 3. Tadmald 4630, 4. Krupat (minimal Radfahren) 8900, 5. Bauer (normal Radfahren) 9630 Meter zurück.

Reuß. Das Verfahren gegen den Magistrat wegen Verstoßes gegen die Reichs-Verkehrsordnung, wegen Kettenhandels und Ueberforderung der Höchstpreise ist wie man uns schreibt, eingeleitet worden. Mit der Untersuchung des Falles ist Staatsanwalt Dr. Thiermann betraut. Die Behauptung, daß einzelne Beamte beim Verkauf der Waren private Vorteile gesucht oder sich Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen haben zu Schulden kommen lassen, hat sich als unrichtig erwiesen. Ebenso sind die Bücher des Lebensmittelamtes in Ordnung befunden worden. Das eingeleitete Verfahren richtet sich nicht gegen einzelne Beamte, sondern lediglich gegen den Magistrat.

Der Reußener Arbeiterrat hat, wie weiter gemeldet wird, seinen Vorhaben, den Lein, der die Anzeige gegen den Magistrat erstattet hatte, gestungen, sein Amt niederzulegen. Es ist festgestellt worden, daß Lein, der die Beamten strafbarer Handlungen bezichtigte, ein vielfach vorbestrafter Mensch ist, der zuletzt eine einhalbjährige Zuchthausstrafe verbüßen mußte. In den Kreisen der Reußener Arbeiterschaft herrscht jetzt die Ansicht, daß es besser gewesen wäre, den Vorstoß des Magistrats anzunehmen und eine unparteiische Untersuchungskommission einzusetzen, anstatt die Staatsanwaltschaft in die Angelegenheit hineinzuziehen.

Treptow. Gemeindevorstand. Der Gemeindevorstand teilt mit, daß die Regierung bezüglich der Einziehung der Steuern angeordnet habe, etwaige Zwangsmassnahmen bis zum 30. September d. J. zu unterlassen. Die Genehmigung zur Durchführung der Staatseinkommensteuer insgesamt nach Einziehung, die bekanntlich für das vergangene Halbjahr in zwei Raten erfolgen soll, ist nicht erteilt worden. Ein Antrag der Fraktion der U. S. V. D., die Eingabe an die Regierung zu dem Gesetzentwurf Groß-Berlins durch die Forderung der Kommunalisierung des gefamten Polizeiwesens zu ergänzen, wurde angenommen. Der bürgerliche Block brachte zum gleichen Gegenstand einen Antrag ein, der für die Zahl der Abgeordneten Berlin und der einzugemeindeten Vororte nicht nur die Zahl der Einwohner, sondern die Größe der Gebiete zugrunde gelegt wissen will. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Zur Ordnung für die Erhebung der Luftfahrzeugsteuer vom 3. Juni 1919 wird der Erlaß eines Nachtrages beschlossen, der den Gemeindevorstand zur Wahrung außergewöhnlicher Härten ermächtigt. Der Zusatz der zu errichtenden Sparkasse wurde auf 3 $\frac{1}{2}$ Proz. festgesetzt. Der Arbeitslosenausgleich wurde angesichts der Tatsache, daß die Zahl der Arbeitslosen sich in Treptow nur auf 760 Personen bei 36 000 Einwohnern beläuft, auf eine Person herabgesetzt. Ihre Bezüge werden auf 10 M. für den Tag erhöht. Die soziale Wohlfahrtspflege wird ergänzt durch einstimmige Annahme eines Beschlusses, nach dem Einwohnern, die sich in wirtschaftlicher Notlage befinden, eine einmalige Zuwendung gewährt werden soll.

Kowawes. Die Gemeindevorstand beschloß die Abänderung der Steuerbefreiung für die Gemeindesteuern auf Grund des Gesetzes vom 4. Juni. Für das laufende Jahr bleiben die Einkommen bis 1500 M. frei von Kommunalsteuern, den Personen mit Einkommen von 1500 bis 2100 M. wird eine Ermäßigung von 50 Proz., mit 2100 bis 3000 M. eine solche von 25 Proz. der Staatssteuererlässe gewährt, während zur Deduktion die höheren Einkommen von 3000 M. entsprechend herangezogen werden. — Einstimmig angenommen wurden die Verträge über den Zusammenschluß der Gemeinden Kowawes, Drewitz und Wannsee zu einer Gesamtgemeinde. Die Verwaltung wird Kowawes, in den anderen Ortsteilen bleiben das Einwohner-Verzeichnis, die Steuerliste, das Standesamt und die Kriegswirtschaftsbüroaus. An dem vereinigten Vermögen haben die Einwohner gleiche Rechte. Die Neuwahl der Gemeindevorstander muß bis spätestens ein halbes Jahr nach Genehmigung des Vertrages erfolgen. Bis 31. März 1920 werden sämtliche Steuern nach den bisherigen Sätzen erhoben, ebenso bleiben bis dahin alle bisher gültigen Ortsstatute und Verordnungen in Kraft. Innerhalb drei Jahren werden die beteiligten Gemeinden durch eine elektrische Bahn verbunden. Die im Dienste der einzelnen Gemeinden stehenden Gemeindevorstände geben in den Dienst der Gesamtgemeinde über. — Nachdem der Nachbarort Drewitz eine Einwohnerwehr gegründet hat, glaubt der Gemeindevorstand Carpus (Dnoll.) die Zeit für gekommen, auch für Kowawes zum Schutze der Felder und Forsten eine Wehr einzurichten. Er findet aber beim Schützen Reumann (U. S. V. D.) wenig Gegenliebe und noch weniger beim Gemeindevorstander Ueberfeldt (E. S. V. D.). In Kowawes werde nicht mehr gestohlen als an anderen Orten, und das Bestehen der Einwohnerwehr gebe noch keine Bürgschaft, daß die Diebstähle dann aufhören werden. Mit Nachwachen hätten die Landbesitzer schon zur Selbsthilfe gegriffen. Durch Neubesetzungen wird die Zahl der Polizisten in nächster Zeit vergrößert werden.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Bis morgen, Mittwoch, für 152, 153, 160, 161, 162, 163, 164, 166, 173, 185, 205, 207, 211, 218, und 241. Pro Kommission 250 Gram Röhre. Ab morgen, Mittwoch, bis auf weiteres auf A I und A II je 1 Liter, auf B I und B II je $\frac{1}{2}$ Liter, auf C I und C II je $\frac{1}{2}$ Liter Vollmilch.

Lichtenberg. 7 Pfund Kartoffeln (35 a bis 61), 3 Pfund Kartoffeln auf Mittelstück der Kartoffelarte, 40 Gramm Butter (35), 200 Gramm Margarine (P 13), Federanmeldung (402), E. J. G. K. S bis 31. August.

Maricendorf. Bis 31. August 300 Gramm Einmachzucker (D), Hausberechtigungsscheine für Lederkoffeln heute 8 bis 12 Polzeidienstgebäude, Zimmer 6.

Bris. 25. bis 31. August 250 Gramm Nudelmittel (75).

Johannisthal. Ab 29. August 500 Gramm Auslandsmarmelade (491), 250 Gramm ausl. Pflanzentrübe (72), 500 Gramm ausl. Pflanzentrübe (492), 1 Pflanzentrübe (493), 2 Suppenwürfel (494), 250 Gramm Americanmehl (W 16), für Jugendliche 250 Gramm ausl. Pflanzentrübe (43).

Treptow. 25. bis 31. August 10 Pf. Kartoffeln (35 a bis 35g), 40 Gramm Butter (35), 200 Gramm Margarine (P 13), 250 Gramm ausl. Pflanzentrübe (72), 250 Gramm Nudeln und 250 Gramm Graupen (76), 250 Gramm Reisgries (77), Fruchtstrop freihändig, für Personen über 65 Jahren Kompottstrübe (18), 250 Gramm Auslandsmehl (U 15).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

10. Abt. Morgen 7 Uhr, Jahlabend in folgenden Lokalen: Faust, Nauffer Str. 46. — Preuer, Reichenberger Str. 58. — Rinnich, Poststr. 36. — Debelreit, Reichenberger Str. 124. — Nat, Reichenberger Str. 98. — Schwemmer, Reichenberger Str. 91.

18. Abt. Morgen 7 Uhr: Frauenabend im Lokal von Junge, Plauer Str. 17. Wen. Hühner: Grenzfragen der Geschichtsmoral, Teil I: Vorebelle und anprebelle Probleme.

19. Abt. Morgen 7 Uhr zwei Veranlassungen: Schreinerstr. 63, bei Käbn, und Halberstr. 8, bei Sorag. Tagesordnung: Bericht von der Generalversammlung, Diskussion, Beschiedenes.

22. Abt. Morgen 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, Veranlassung, Kreuzberger Str. 58. Vortrag: Welen- und Aufbau der Betriebs- und Arbeiterzäte.

37. Abt. Morgen 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, Jahlabend der 1. Kammer, Rathenower Str. 74, bei Deimann, Stephanstr. 6, bei Boges, Lehrer Str. 18/19.

38. Abt. Morgen 7 Uhr, Hensburger Str. 3, bei Zimmer: Wichtige Beratung der Delegierten und aller in der Abteilung wohnenden Betriebsvertrauensleute. Tagesordnung: Die Organisation der Abteilung, Regimulationsfragen mitteilen.

42., 43., 46., 47., 48. Abt. Morgen 7 $\frac{1}{2}$ Uhr Frauenabend in der Schulaula, Hensber Str. 98. Ref.: Genosse Saffen: „Politische Tagesfragen“.

33. Abt. Mitts zum Sommererogängen sind zu haben bei: Schropel, Gellnhäuser Str. 13, Zammg, Kammerstr. 5, Blumal, Putzstr. 24, Senfel, Graunstr. 4, Ede Dammer Str. 4, Ariele, Graunstr. 41, Vordard, Graunstr. 18, Schulz, Güterstr. 10, Dehlich, Schwimender Str. 50. Da eine Veranlassung bis dahin nicht mehr stattfinden, werden die Genossen gebeten, sich rechtzeitig bis Freitag Mitts zu befragen.

Taubstummen-Sektion. Morgen 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, Jahlabend, Köpenicker Str. 62. Eröffnen aller Mitglieder erforderlich.

Tempelhof. Morgen 7 $\frac{1}{2}$ Uhr Mitgliederversammlung in der Aula der 2. Gemeindefschule, Friedrich-Wilhelm-Str. 4, Ede Vordard. Vollständiges und päntliches Eröffnen der Mitglieder nötig.

Pantow. Morgen 7 $\frac{1}{2}$ Uhr Funktionärskonferenz bei Engel, Nudelnstr. 45.

Niederhohenschulden. Morgen 7 $\frac{1}{2}$ Uhr: Allgemeine Mitglieder-versammlung im „Schloß Schöndorfer“, Lindenstr. 11. Tagesordnung: „Unsere Kollonnenjagd für den kommenden Winter“, Referent: Genosse W. Bied, Schloß und Referent der örtlichen Kollonnenz. 2. Geschäftliches und Anträge. Renanahmen am Saaleingang. Eröffnen aller Mitglieder dringend nötig.

Autograt-Referent. Morgen Mitgliederversammlung bei Marx, Köpenicker Str. 62. Donnerstag, 28. August, 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Lokal von Ratten (früher Bieffin) am Bahndof Stolpe, Mitgliederversammlung. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Eröffnen aller Genosseninnen und Genossen. Parteifreunde haben Zutritt.

Vereinigung 103. Lehrer und Lehrerinnen, Gruppe Reußener Morgen 5 Uhr in der „Angengrubenkasse“.

